



AUSGABE 14 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 12.11.2003

## Kassenlage

S. 3

Landesregierung und Koalition kämpfen um ihre Sparziele bei Weihnachts- und Urlaubsgeld. Im Haushaltsausschuss haben Beamtenbund und Gewerkschaftsbund gemeinsamen Widerstand angekündigt.

## Kostenregelung

S. 5

Wer die Musik bestellt, bezahlt – auf diesen Nenner gebracht, sollen künftig die Kosten neuer Aufgaben ermittelt werden, die das Land den Gemeinden überträgt. Die Koalition will die Landesverfassung entsprechend ändern.

## Kopftuch

S. 9

Toleranz bis Ablehnung gegenüber Kopftuch tragenden Lehrerinnen im Unterricht – das Debattenspektrum um das Symbol demonstrativ zur Schau getragener islamischer Gesinnung war breit.

## Korruption

S. 21

Auf welcher Grundlage können die Städte und Gemeinden verpflichtet werden, den Kampf gegen Korruption im öffentlichen Dienst zu intensivieren – genügt ein Erlass oder muss ein Gesetz her? Der Innenausschuss hörte Experten an.



Ohne Mobilität der Menschen, Güter und Ideen kommt unser Gesellschafts- und Wirtschaftssystem nicht mehr aus. Aber angesichts wachsender Verkehrsströme und begrenzter Mittel für Bau und Ausbau der Infrastruktur stehen die Signalanlagen entlang der Straßen und Schienen zu oft und zu lange auf Rot. Dennoch sind auch dann noch Optimierungen im System möglich, wenn der Ausbau an Grenzen stößt und das Land sich auf das Notwendige beschränken muss. Vernetzung und Vertaktung sind hier die Schlagworte, deren Umsetzung in den Alltag der Menschen an Rhein und Ruhr die Politik vorantreiben will. Die vier verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen debattieren auf den Seiten 12 und 13.

Foto: Schälte

## Wort und Widerwort:

*Welche Eckpunkte hat ein Konsens über die Reform der mittleren Verwaltungsebene?*

Über die Ziele der Verwaltungsreform herrscht seit langem Einigkeit. Aber die Schritte dahin wollen wohlüberlegt sein. Wie soll die Politik den Reformvorgang anlegen: Von vornherein auf ein bestimmtes Ergebnis hinarbeiten oder das Ergebnis aus dem Prozess sich entwickeln lassen? Was geschieht mit den derzeit fünf Regierungspräsidien und zwei Landschaftsverbänden? Welche Rolle spielt das Ruhrgebiet dabei? Fragen, die die vier Fraktionen am Beispiel der mittleren staatlichen Ebene im Lande diskutieren (Seite 10).

Mobilität der Gesellschaft –  
die Politik gibt grünes Licht

# Inhalt

<b>Mobil in die Zukunft</b>	<b>2</b>	
<b>Anhörung zu Sparvorschlägen der Landesregierung</b>	<b>3</b>	
<b>Windräder im Binnenland in der Diskussion</b>	<b>4</b>	
<b>Landesverfassung wird geändert</b>	<b>5</b>	
<b>Opposition kritisiert Qualität der Betreuung</b>	<b>6</b>	
<i>Rot-Grün hält an dem Konzept der offenen Ganztagsgrundschule fest</i>		
Zeugen im Untersuchungsausschuss	6	
<b>„Wassersteuer“ sorgt für Zündstoff</b>	<b>7</b>	
<i>Koalition verteidigt Entnahmeentgelt als Lenkungsmaßnahme</i>		
<b>Ausländerbeiräte – neue Impulse oder Aufwertung?</b>	<b>8</b>	
<i>Fraktionen über kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger weiter uneins</i>		
<b>Kopftuch im Unterricht</b>	<b>9</b>	
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>10</b>	
<i>Welche Eckpunkte hat ein Konsens über die Reform der mittleren Verwaltungsebene?</i>		
Unklarheiten zur Förderung der Wuppertaler Schwebbahn	11	
<b>Schmierfilm auf den Gleisen</b>	<b>11</b>	
<b>„Pünktliche Züge sind heute leider die Ausnahme“</b>	<b>11/12</b>	
<i>Interview mit den verkehrspolitischen Sprechern</i>		
<b>Erste Bilanz für die Ganztagschulen</b>	<b>14</b>	
Wahl der richtigen Schulform	14	
<b>Expertenhearing zum Unterrichtsfach Geschichte</b>	<b>15</b>	
<b>Medienausschuss beim Deutschlandfunk in Köln</b>	<b>16</b>	
<b>Justizminister streicht Segel- und Skikurse für Straftäter</b>	<b>17</b>	
Bericht der Landesregierung zu Überstunden im Vollzugsdienst	17	
<b>Keine 30-Stunden-Schichten mehr für Klinikärzte</b>	<b>18</b>	
<b>Anhörung zum Schächten</b>	<b>19</b>	
<b>Fragen zur Landesentwicklungsgesellschaft</b>	<b>20</b>	
FCL feiert Sieg in Schwelm	20	
<b>Länder-Zentralregister als Vorbild für Bund und Europa?</b>	<b>21</b>	
<b>Europa-Ausschuss diskutierte mit Wohlfahrtsverbänden</b>	<b>22</b>	
<b>Zukunft der Theater in NRW</b>	<b>23</b>	
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>24</b>	
<b>Nationalpark Eifel</b>	<b>25</b>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>26</b>	
<b>Porträt der Woche: Marianne Thomann-Stahl (FDP)</b>	<b>27</b>	
Stenografen-Treffen/Technologieland NRW/Impressum	27	
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>28</b>	

## Mobil in die Zukunft

**B**erufspendler wissen es: Jeden Morgen und jeden Abend schlängeln sie sich mit ihren Blechkarossen Stoßstange an Stoßstange zum Arbeitsplatz und wieder nach Hause. Was früher noch galt, staufrei in den Ferien vorankommen, ist längst ein Wunschtraum von gestern geworden. Die Straßen in Nordrhein-Westfalen sind so voll wie nie. Und sie werden voller.

Transitland NRW steht an. Noch mehr Verkehr soll durch das größte Bundesland in Deutschland in naher Zukunft rollen. Die Laster blockieren jetzt schon die voll gestopften Straßen, die Mautgebühren, die für eine Umlenkung des Güterverkehrs und mehr Einnahmen sorgen sollen, kommen später als geplant. Der Verkehr auf dem Rhein stößt ebenfalls an Grenzen. Und dann stockt noch die Bahn. Vorprogrammierte Herbstverspätungen frustrieren die Bahnbenutzer. Und das pünktlich jedes Jahr. Irgendwie rollt es gar nicht so wie erhofft auf den Verkehrswegen in NRW.

Die von allen so erwünschte Mobilität droht zum Standortnachteil zu werden. Das kann sich das Land, das zurzeit an allen Ecken und Enden sparen muss, gar nicht leisten. Finanzielle Notlage. Doch was tun? Der Verkehrsausschuss des Landtags würde durch Sofortprogramme lenkend eingreifen, doch die Mittel hängen auch an dem Haushalt auf Bundesebene.

### GELDNOT

Alle sind sich einig: Das Angebot auf der Schiene muss verbessert, die Strukturen der Nahverkehrsträger in NRW müssen geschmeidiger gemacht werden. Heißt konkret: Es muss in Zukunft weniger Verkehrsverbünde geben und die, die übrig bleiben, müssen effizient zusammenarbeiten. Da will die Politik Druck machen. Viele setzen auf den Metro-Express, der mit einer eigenen Schiene Gas geben soll. Oder aber auf die Ring-S-Bahn, die den Ruhrgebietsverkehrspendlern das Leben erleichtern soll.

Auf den Straßen ist damit aber das Chaos noch nicht gelöst. Sie müssen saniert und verbreitert werden. Das kostet wiederum Geld und Zeit.

NRW ist seit jeher zentraler Knotenpunkt der wichtigsten Verkehrswege im Lande. Wichtigstes Ziel des Ausschusses ist die Integration der verschiedenen Verkehrsträger in ein Gesamtkonzept. Gemeinsam und nicht gegeneinander muss ein Beitrag zur Mobilität geleistet werden. Logistikkonzepte sind gefragt. Damit es in NRW nicht zum Stillstand kommt. **SH**



*Heftige Kritik an der Absicht der Landesregierung, das Weihnachtsgeld für Beamtinnen und Beamte sowie Pensionäre bereits in diesem Jahr zu kürzen und das Urlaubsgeld ab dem nächsten Jahr zu streichen, kam bei der öffentlichen Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss am 6. November von den Berufsverbänden. Grundsätzlich dafür äußerten sich dagegen im Hinblick auf die Finanznot die kommunalen Spitzenverbände. Sie wandten sich allerdings auch gegen die Ungleichbehandlung von Beamten und Angestellten.*

Arbeitszeit rauf, Einkommen runter“, und das nur für die Beamten, das könne nicht sein, warnte der Sprecher des Beamtenbunds vor diesem „Doppelschlag“. Er bezifferte die Zahl der Betroffenen auf 330.000 Bedienstete des Landes und der Kommunen. „Erstmals in NRW“ wollen der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Beamtenbund gemeinsam die Sparpläne „politisch bekämpfen“. Juristische Schritte würden vom Beamtenbund geprüft.

Städtetag und Städte- und Gemeindebund verlangten eine „Öffnungsklausel“ in dem „Sonderzahlungsgesetz“, die es den Kommunen überlassen würde, die künftige Zahlung von Weihnachts- und Urlaubsgeld zu regeln, möglicherweise gleich für Beamte und Angestellte. Eine solche Öffnung wurde jedoch vom Finanzministerium als rechtlich nicht zulässig beschieden und auch vom Landkreistag und von den Ausschussmitgliedern nicht positiv beurteilt.

Die Sprecher des Beamtenbunds und des Deutschen Gewerkschaftsbunds hielten es für nicht gerechtfertigt, die im Staatsdienst Beschäftigten zu „Sonderopfern“ heranzuziehen. Die Höhe der Besoldung und Versorgung „von aktuellen haushaltspolitischen Zwängen ab-

## Anhörung zu Sparvorschlägen der Landesregierung

### Weihnachtsgeld der Beamten soll 2003 gekürzt und das Urlaubsgeld ab 2004 gestrichen werden

hängig zu machen“, sei nicht zulässig. Die Bediensteten dürften nicht darunter leiden, wenn steuerpolitische Fehlentscheidungen die Einnahmen der staatlichen Haushalte dramatisch verschlechterten, sagte der DGB-Sprecher.

#### EINSPARUNGEN

Beide Berufsverbände wiesen auf erhebliche Eingriffe in die Einkommen der Beamten und der Versorgungsempfänger seit Mitte der 90er Jahre hin, darunter: spätere Angleichung der Beamtenbesoldung an die Tarifierhöhungen für Angestellte, Einsparungen bei Beihilfe und Pensionen, niedrigere Anwärterbezüge, Streichen von Leistungsprämien, Ministerialzulage und Jubiläumsumwendung. Der DGB beziffert diese Verluste auf über zwei Milliarden.

Die Sprecher der Verbände wiesen darauf hin, dass die jetzt geplante Kürzung der Sonderzahlungen für Beamte dem Ziel einer grundsätzlichen Reform des Bundesangestelltentarifs widerspreche. Sie beriefen sich auf die „Prozessvereinbarung“ vom 9. Januar 2003, wonach alle Tarifvertragsparteien ein mehr „leistungsorientiertes“ Tariffrecht gestalten

wollen. Die kommunalen Arbeitgeber schlugen dazu künftig wesentlich weniger Vergütungsgruppen, nur noch ein Grundgehalt, dazu eine „stark leistungs- und erfolgsabhängige Komponente“, vor. Ihre Kündigung von Tarifverträgen belaste jedoch gemeinsames Handeln.

Der Ausschuss wertete die Anhörung in einer weiteren Sitzung am 11. November aus. SPD und GRÜNE brachten Änderungsvorschläge zum Gesetzentwurf ein, die nach der Protestveranstaltung vor dem Landtag am 24. September bekannt geworden waren. Danach soll das Weihnachtsgeld beim einfachen Dienst und beim mittleren Dienst bis Besoldungsgruppe A 6 nicht gekürzt und bei den Gruppen A 7 und A 8 nicht 60, sondern 70 Prozent betragen. Für die übrigen Gruppen soll es bei 50 Prozent bleiben, bei den Pensionären dagegen auf 47 Prozent gekürzt werden.

Die EDV-mäßige Umsetzung der Weihnachtsgeld-Kürzung schon in diesem Jahr wurde angesichts der knappen Terminlage von Städtetag und Städte- und Gemeindebund für äußerst schwierig, wenn nicht für unmöglich gehalten. Das Gesetz soll am 13. November vom Landtag in 2. Lesung verabschiedet werden und spätestens am 30. November in Kraft treten.



*Einfach nur genial fand der frühere Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz (r.) die Glaskuppel des zum Museum umgebauten alten Ständehauses, in dem Lenz von 1970 bis 1980 als Landtagspräsident amtiert hat. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) freute sich, Lenz an seine alte Wirkungsstätte zu führen, die sich inzwischen zum Museum „K 21“ gewandelt hat. Julian Heynen, künstlerischer Leiter des Museums, informierte die beiden Präsidenten über das, was heute in dem Haus gezeigt wird – zeitgenössische Kunst der vergangenen 25 Jahre. Foto: Schälte*



## Windräder im Binnenland in der Diskussion

### Breite Front gegen zuviel Förderung

*Im Wirtschaftsausschuss lud der Vertreter der Landesregierung in der Sitzung am 5. November die Sprecher der Fraktionen ein, an dem vom Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung organisierten Expertengespräch zur Förderung der Erneuerbaren Energien am 14. November teilzunehmen. Der Ausschuss hatte um konkrete Daten zu Auswirkungen des Bundesgesetzes auf die nordrheinwestfälische Wirtschaft gebeten.*



Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses und Vizepräsident des Landtags Dr. Helmut Linssen (CDU, r.) im Gespräch mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Werner Bischoff (l). Foto: Schälte

Vorsitzender Dr. Helmut Linssen (CDU) und weitere Ausschussmitglieder äußerten sich verärgert über die spärlichen Informationen des Fachbeamten. Es wurde auch befürchtet, dass die „NRW-Position“ zur Änderung des Bundesgesetzes zu spät kommen könne.

Bei der in Berlin verhandelten Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gehe es um Kürzung der Fördersätze für Windkraftanlagen an ertragschwachen Binnenlandstandorten als Reaktion auf Klagen über zuviel Förderung von ineffizienten Windparks, erläuterte Leitender Ministerialrat Dr. Braues. Außerdem solle die Härtefallklausel, nach der stromintensive Industriebetriebe von den Kosten der Ökostromumlage befreit werden, erweitert werden, so dass auch kleinen und mittleren Betrieben geholfen werden könne. Die Landesregierung habe frühzeitig dazu in Berlin Eckpunkte vorgelegt, sagte Dr. Braues. Sie wolle auch bessere Anreize zur Verbesserung der Technologie konventioneller Kraftwerke und beim Stromver-

brauch sowie für das Senken der Produktionskosten schaffen.

Welche Branchen und wie viele Betriebe betroffen seien, um wieviel Prozent die NRW-Energiekosten über denen der EU-Konkurrenz liegen würden, darüber wolle seine Fraktion Auskünfte, sagte der enttäuschte CDU-Sprecher Christian Weisbrich.

#### STANDORT NRW

NRW sei ein energieproduzierendes und energieintensives Land und sei deshalb nachhaltig betroffen, meinte SPD-Sprecher Werner Bischoff und fuhr fort, er teile die Bedenken über zuviel Förderung. Es wolle ihm nicht in den Kopf, dass die Landesregierung seit Inkrafttreten des EEG im Juli 2003 noch kein Datenmaterial habe angesichts der Auswirkungen auf den Standort NRW, beschwerte sich Dr. Gerhard Papke (FDP). Im Übrigen enthalte die Liste der Experten für das Gespräch im Ministerium keinen repräsentativen Quer-

schnitt aus der Wirtschaft. GRÜNE-Sprecher Reiner Priggen machte auf Auswirkungen auf den Gartenbau aufmerksam, die zu wenig berücksichtigt würden.

In Berlin werde eine umfassende Novelle zum EEG entwickelt, hatte Dr. Braues mitgeteilt. Die Ausschussmitglieder wiesen auf aktuelle Pressemeldungen hin, wonach sich die Bundesminister für Umwelt und Wirtschaft über die EEG-Novelle bereits geeinigt hätten. Der Landtag debattiert am 13. November über den CDU-Antrag „Gegen Wildwuchs bei der Windkraft – Umsteuern tut Not“ (Drs. 13/4563).

#### ENERGIE-MIX

„Der Landtag bekennt sich zum Ziel der Europäischen Union, den Anteil aller erneuerbaren Energieträger, also nicht nur Windkraft, sondern auch Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Fotovoltaik, am gesamten EU-Energieverbrauch zu verdoppeln“, heißt es darin. Ein ausgewogener Mix an regenerativen Energien sei für die Verdoppelung des Anteils auf 12,5 Prozent bis 2010 notwendig. Bei Windkraftanlagen im deutschen Binnenland seien jedoch höchstens 15 Prozent eine „gesicherte Leistung“, die Kraftwerksleistung wirklich ersetzen könne, meinen die Antragsteller und weisen auch auf die schwindende Akzeptanz für Windräder hin.

## Beratung der Oppositionsgesetzentwürfe zur Unterstützung des Mittelstands vertagt

Die abschließende Beratung der beiden Gesetzentwürfe von CDU („Mittelstandsentwicklungsgesetz“) und FDP („Mittelstands- und Privatisierungsgesetz“) vertagte der Wirtschaftsausschuss am 5. November auf die Dezember-Sitzung. Vorsitzender

Dr. Helmut Linssen (CDU) teilte mit, das Protokoll der Anhörung des Kommunal-ausschusses zur Änderung der Gemeindeordnung liege jetzt vor. SPD und GRÜNE wiesen Kritik aus der Opposition am bereits in Kraft getretenen Mittelstandsgesetz zurück.

Landesverfassung wird geändert

## Keine neuen Aufgaben für Kommunen ohne Kostenregelung

Der Landtag will den Gemeinden den Ausgleich von Kosten durch neue Aufgaben gesetzlich garantieren. Das soll auch in der Landesverfassung festgeschrieben werden. Das sieht ein Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/4424) vor, der außerdem in elf Paragraphen ein Verfahren zur Ermittlung der Folgekosten von gesetzlichen Aufgaben und Durchführungsverordnungen entwirft. Er wurde nach der ersten Lesung am 15. Oktober in die Ausschussberatung (federführend Hauptausschuss) überwiesen.

Dorothee Danner (SPD) erläuterte zum vorgesehenen Folgeabschätzungsverfahren, Kosten sollten nur bei „wesentlicher Belastung“ erstattet werden. Als Grenze dafür seien Kosten ab 25 Cent pro Einwohner vorgesehen. Darüber solle noch diskutiert werden. Das Land verpflichte sich zu mehr Kostenbewusstsein bei Gesetzen und Rechtsverordnungen.

Ewald Groth (GRÜNE) sagte: „Ein lang gehegter Wunsch geht in Erfüllung.“ Strikte Konnexität hätten die Grünen sich schon immer gewünscht. Die Zahl von Leistungsempfängern, nötige Verwaltungsvorgänge, Kontrollen, Personalaufwand seien festzulegen und

zu berechnen. Das solle zu mehr Fairness zwischen Land und Kommunen führen.



Marianne Thomann-Stahl (FDP)



Dr. Fritz Behrens (SPD)



Werner Jostmeier (CDU)

nannte als Beispiele für Mehrbelastungen der Kommunen das Recht auf einen Kindergartenplatz sowie Neuregelungen bei Unterhaltsvorschuss, Schülerfahrtkosten, Flüchtlingsaufnahme, Asylbewerberleistungen, Wasserverbänden, BSE-Folgen und Krankenhauspauschale. Er sprach

von einem „Kommunenschutzgesetz“, das allerdings weit hinter den Versprechungen im Hauptausschuss zurückbleibe.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) teilte die Bedenken der CDU, „wesentliche Belastungen“ könnten zum Spielball der Mehrheit werden. Nicht zustimmen könne die FDP der Folgenabschätzung durch die Landesregierung bei Gesetzentwürfen von Oppositionsfraktionen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) begrüßte das Vorhaben, mit dem der Grundsatz besser durchgesetzt werden könne: Wer bestellt, soll bezahlen. Auch der Bund müsse dazu bereit sein. Den Ministerien werde künftig einiges zugemutet, der Aufwand werde sich aber lohnen. Der Kostenausgleich solle aus dem jeweiligen Einzelplan erfolgen, nicht aus dem Steuerverbund.

Franz-Josef Britz (CDU) äußerte sich zufrieden mit dem Ziel strikter Konnexität, sah aber zwei Pferdefüße: die „wesentlichen“ Mehrbelastungen und das Zutreffen „für die Gesamtheit der Gemeinden“. Eine neue Anhörung müsse das klären.

Christof Rasche (FDP) hielt den Schutz der Kommunen vor dem Land für notwendig, denn seit vielen Jahren würden die Städte und Gemeinden schamlos ausgenutzt. Kommunale Selbstverwaltung sei bei den meisten nicht mehr möglich. Die FDP wolle den Kommunen zu soliden Finanzen verhelfen.

Ewald Groth (GRÜNE) versprach den Kommunen Handlungssicherheit durch das Gesetz. Gleichzeitig müsse über Entlastungen nachgedacht werden.

### Zitate

„Sind die Kommunen berechtigt, ihren Aufwand durch – nach den üblichen Maßstäben berechnete – Gebühren, Beiträge oder Entgelte zu decken, sind diese zu schätzen und in Abzug zu bringen.“  
aus: Artikel II, § 3 des Gesetzentwurfs

„Der erste Schritt besteht ... in der Festlegung und Berechnung des Mengengerüsts ... Davon ausgehend sind die Zahl und die Struktur der Produktempfänger zu schätzen. Anschließend sind Zahl, Art und Dauer der Geschäftsprozesse anzugeben.“  
aus: Begründung zu Artikel II

# Opposition kritisiert Qualität der Betreuung

## Rot-Grün hält an dem Konzept der offenen Ganztagsgrundschule fest

*Das mit dem neuen Schuljahr gestartete Projekt der offenen Ganztagsgrundschule bleibt ein Streitpunkt zwischen rot-grüner Koalition und Opposition. Unter dem Titel „Offene Ganztagsgrundschule in NRW: Chaos und Qualitätsmangel beim Start in das neue Schuljahr“ hatte die FDP-Fraktion eine aktuelle Stunde Mitte vergangenen Monats beantragt.*

Ralf Witzel (FDP) sprach sich für den Ausbau von Ganztagsgrundschulen und damit „für zielgerichtete, individuelle Förderung“ von Schülerinnen und Schülern in NRW aus. Gleichzeitig kritisierte er jedoch das derzeitige Konzept von Rot-Grün als „Mogelpackung“ und als „erste Schule ohne Lehrer“. Grundlegende Korrekturen seien erforderlich. Die Angebote an den offenen Ganztagsgrundschulen „haben mit Unterricht, Stützangeboten und pädagogischer Qualität“ nichts gemein. Es handele sich hierbei lediglich um eine Nachmittagsbetreuung statt um eine Ausweitung des Unterrichtsangebots, wie es die Ergebnisse der PISA-Studie zwingend notwendig machten. Witzel verwies auf die Ganztagslösungen in Rheinland-Pfalz, bei denen den teilnehmenden Schulen vom Land verpflichtende Hürden für ein pädagogisches Gesamtkonzept und zusätzliche Förderangebote auferlegt worden seien.

Manfred Degen (SPD) warf seinem Vorredner vor, er sei jeglichen Beweis für seine „Chaos-Theorie“ schuldig geblieben. Auch in der Presse sei hierzu nichts zu lesen gewesen. „Selten ist eine so umfangreiche Neuerung wie die offene Ganztagsgrundschule mit 11.696 Kindern in 77 Gemeinden an 235 Schulen so reibungslos gestartet.“ Zudem sei der Zeit-

punkt für eine aktuelle Stunde zu diesem Thema drei Wochen nach dem Start der offenen Ganztagsgrundschule vollkommen verfehlt. Den Vorwurf der FDP-Fraktion hinsichtlich mangelnder Qualifikationen des Unterrichts- und Betreuungspersonals bezeichnete er als „eine Beleidigung der engagierten Kräfte vor Ort“. Die Koalition habe bewusst „andere Professionen, andere Berufe, andere Talente mit in diese Schule, die sich ihrem Umfeld gegenüber öffnet, einbringen“ wollen.

### „ETIKETTENSCHWINDEL“

Bernhard Recker (CDU) bezeichnete den Begriff Ganztagsgrundschule als „Etikettenschwindel“. „Dafür braucht man Lehrer und Pädagogen“, so Recker. Das Land ersetze Qualität durch reine Quantität und weigere sich, klare pädagogische Standards zu formulieren. „Es ist Eltern einfach nicht zu vermitteln, dass echte Ganztagsgrundschulen mit qualifizierten Lehrern auch am Nachmittag kostenlos besucht werden können und hier für ein qualitativ geringeres Angebot in der Form von Betreuung und Verwahrung bis zu 100 Euro pro Kind und Monat gezahlt werden sollen.“ Die Landesregierung habe den falschen

Weg gewählt, wenn sie die Zahl der Betreuungsplätze auf Kosten der ohnehin finanziell überlasteten Gemeinden steigern wolle. Er kündigte für seine Fraktion Gesprächsbereitschaft mit der Koalition an, um künftig „eine echte Ganztagsgrundschule in NRW zum Laufen zu bringen“.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) bezeichnete die Vorschläge der Opposition als „von gestern“. „Wir Grüne haben das Konzept der offenen Ganztagsgrundschule in dem vollen Bewusstsein entwickelt, dass wir Schule als Haus des Lernens und Lebens für unsere Kinder und Jugendlichen ausgestalten wollen.“ Bewusst habe man sich für ein Modell entschieden, das nicht überwiegend auf zusätzliches Lehrpersonal setzt, sondern Bildung, Erziehung und Betreuung wie im Kindergarten zusammenführt. Die Chance dieses Konzepts liege darin, dass unter dem Dach der Schule zusätzliche Angebote für Kinder vorhanden sind, die sie von ihrem Elternhaus allein möglicherweise nie erhielten. „Damit verhindern wir Versager“, so Löhrmann. Zudem wies sie den Vorwurf zurück, die Landesregierung baue im Bereich Schule Qualität ab: „Wir haben 1995 mit 25 Millionen Mark pro Jahr begonnen; jetzt sind wir bei 270 Millionen Euro.“

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) bezeichnete die offene Ganztagsgrundschule als ein „Erfolgskonzept“. Sie biete die notwendige Verbindung von Bildung, Erziehung und Betreuung. Gleichzeitig forderte sie die Opposition auf, das Konzept nicht länger als „Billigangebot“ zu diffamieren. Solche Vorwürfe seien ein Affront gegen die engagierten Fachkräfte vor Ort. „Sie müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir Schule neu denken müssen, und zwar vor dem Hintergrund der Zusammenführung von Schule und Jugendhilfe.“ Das Land habe die Rahmenbedingungen geschaffen und den Kommunen damit die Freiheit gegeben, selbst zu entscheiden, ob und wie sie das Konzept umsetzen wollen. „Ich sage Ihnen voraus: Im nächsten Jahr wird es einen Boom dazu geben.“



Erstmals erschien der Hauptzeuge Christian Langer (großes Bild, Mitte), ein Freund des ehemaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (SPD), am 7. November vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtags. Der Ausschuss verzichtete jedoch auf die Vernehmung des Zeugen, da den Ausschussmitgliedern erst am Vorabend eine umfangreiche Erklärung seines Rechtsanwalts zugestellt wurde, in der dieser erklärte, dass sein Mandat die Aussage verweigern möchte. Zu Beginn der Sitzung hatte der Vermieter des Düsseldorfer Stadttors, Peter Michael Engel (r.), ausgesagt. Befragt wurde Engel u.a. zu der Rolle, die Langer bei dem Umzug der Staatskanzlei in das Stadttor gespielt hat. Im Rahmen der Vernehmung zitierte Engel aus einem Schreiben der Staatskanzlei, in dem es hieß, Langer habe ein Mandat der Staatskanzlei für die Verhandlungen mit dem Vermieter gehabt. Dies hatte die Staatskanzlei bestritten. Daraufhin kam es zu einem Eklat im Ausschuss, da sich der Brief nicht in den von der Landesregierung an den Untersuchungsausschuss übersandten Akten befände. CDU und FDP warfen der Regierung vor, die Ausschussarbeit massiv zu behindern.

Fotos: Schälte

## „Wassersteuer“ sorgt für Zündstoff

### Koalition verteidigt Entnahmeentgelt als Lenkungsmaßnahme

*Die Mehrheit von SPD und GRÜNEN lehnte den CDU-Antrag „Keine Wassersteuer in NRW“ (Drs. 13/4426) nach der Aussprache am 16. Oktober ab. Sie verteidigte das geplante Wasserentnahmeentgelt aus fiskalischen und ökologischen Gründen. CDU und FDP warnten vor einer zusätzlichen Belastung für die NRW-Wirtschaft. Ministerin Höhn hielt Abgaben für den Ressourcenverbrauch für besser als die Verteuerung von Arbeit.*

Hubert Schulte (CDU)

Im Hintergrund: Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE)

Hubert Schulte (CDU) stellte klar, es handle sich nicht um Umweltschutz, sondern um eine neue Verbrauchssteuer. Das sei ein falsches Signal bei lahmender Konjunktur. Mehr als 600 Millionen Euro erwarteter Mehreinnahmen seien die größte Belastung, die je in NRW der Wirtschaft auferlegt worden sei.

Klaus Strehl (SPD) wies auf die schwierige Haushaltslage hin und berichtete, es solle ein Wasserentnahmeentgelt erhoben werden, keine Wassersteuer. Sechs Bundesländer praktizierten das. Die Mittelstandsverträglichkeit werde noch geprüft. NRW sei ein Wasserexportland dank guter Politik.

Prof. Dr. Friedrich Wilke (FDP) sah bei der SPD eine Kehrtwende und in dem Wasserentgelt eine Geldbeschaffungsmaßnahme, einen falschen Weg.

Johannes Remmel (GRÜNE) forderte die Opposition auf, ein Gesamtkonzept zu den Landesfinanzen 2004/2005 vorzulegen, und hielt das Wasserentnahmeentgelt für die logische Fortsetzung der Ökologisierung des gesamten Finanzsystems.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) berief sich auf eine Aussage der Wirtschaftswissenschaft, statt Arbeit müsse Deutschland

stärker Kapital und Ressourcen mit Abgaben belegen. Jedem müsse bewusst werden, dass er bei Wasserentnahme ein nicht unendliches Gut nutze. Die EU schreibe zudem das Verursacherprinzip vor. Das Entgelt solle auch zur Kostendeckung der Wasserdienstleistung führen. Entnahmen bis zu 3.000 Kubikmetern pro Jahr würden nicht belastet.

Clemens Pick (CDU) betonte, in NRW würden bereits Wassergebühren bezahlt. Deutschland habe keinen Wassermangel. Die Qualität sei hervorragend. Eine Lenkungssteuer sei nicht nötig. Die Landwirtschaft

werde zusätzlich belastet, den Verwaltungsaufwand hätten die Verbände zu tragen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) räumte ein, aus ökologischen Gründen wäre das Entgelt nicht nötig. Es müsse die finanzielle Sicherung des Landes organisiert werden.

Holger Ellerbrock (FDP): Der positive Begriff „Öko“ werde für fiskalische Zwecke missbraucht. Etikettenschwindel habe es schon bei „Rasen für die Rente“ und Rauchen für die innere Sicherheit gegeben, jetzt folge „Saufen für den Haushalt“.

Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) widersprach der Unterstellung, es gebe bald weitere neue Entgelte, und sagte unbürokratische Umsetzung mit geringem Aufwand zu. Auch erwarte sie Wasserkooperationen durch die vorgesehenen 15 Prozent Einsparung. 🗳️



Johannes Remmel (GRÜNE)

Prof. Dr. Friedrich Wilke (FDP)

Klaus Strehl (SPD)

Fotos: Schälte



**Der Migrationsausschuss hat einen neuen Vorsitzenden:** Wolfgang Große Brömer (SPD, l.) ist mit den Stimmen aller Fraktionen zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Oda-Gerlind Gawlik (SPD, r.) an, die dieses Amt wegen ihrer Verpflichtungen als Vorsitzende des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses I niedergelegt hat. Neuer stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten wurde Rainer Bischoff (SPD).  
Foto: Schälte

## Ausländerbeiräte – neue Impulse oder Aufwertung?

### Fraktionen über kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger weiter uneins

*Am Ende stimmten drei Fraktionen für den kürzeren (und verfassungsrechtlich sichereren) Schritt. Die Liberalen, die in ihrem Änderungsantrag (Dr. 13/4479) in Sachen politische Mitwirkung der Migrantinnen und Migranten in den Kommunen für die größere Lösung warben, fanden keine Bundesgenossen. So bleibt es dabei, dass die Städte im Lande in dem Antrag der rot-grünen Koalition (Drs. 13/4413) aufgefordert werden, bei den Ausländerbeiräten von der Experimentierklausel in der NRW-Gemeindeordnung ausgiebig und kreativ Gebrauch zu machen. Aber: Die Ausländerbeiräte erhalten nicht den Status von normalen Fachausschüssen, die auf örtlicher Ebene Entscheidungen des Rates vorbereiten.*

Ralf Jäger (SPD) machte auch politische Bedenken gegen die umfassendere Lösung geltend: Die Räte seien per Kommunalwahl legitimiert, da widerspreche es vermutlich der Gemeindeordnung des Landes, wenn eine Entscheidungskompetenz des Rates auf einen Ausländerbeirat übertragen werde. Denn die verträten, auch wenn sie aus Urwahlen hervorgegangen seien, nur einen Teil der Bürgerinnen und Bürger „und nehmen letztlich auch nur Parteiinteressen wahr“. Darum solle die Experimentierklausel allen Gemeinden zur Verfügung gestellt werden; es sei ihnen zu überlassen, in welchem Rahmen sie von den darin enthaltenen Instrumenten Gebrauch machen werden.

Ewald Groth (GRÜNE) bedauerte, dass die richtige Lösung, das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Angehörige, derzeit politisch nicht durchsetzbar sei. Er persönlich sei mit anderen Grünen immer für einen Migrations- und In-

tegrationsausschuss eingetreten, denn die oftmals isolierte Arbeit der Ausländerbeiräte gehöre „mehr in die Mitte des kommunalpolitischen Geschehens“. Aber die Zeit für eine gesetzliche Änderung sei noch nicht reif, darum sei jetzt eine weitere Phase der modellhaften Erprobung richtig.

Thomas Kufen (CDU) fand, Sprache und Bildung seien das Wichtigste für die Integration. Die Auswertung der Erfahrungen mit den beiden Modellversuchen in Duisburg und Solingen, die nach der Experimentierklausel erfolgt seien, falle „wenig überraschend und eher durchwachsen“ aus. Es hänge vom örtlichen Engagement ab, ob die Beiräte erfolgreich arbeiteten oder nicht. Darum gebe es auch keinen überzeugenden flächendeckenden landeseinheitlichen Vorschlag. Seine Fraktion lehne die von der FDP vorgeschlagene Festlegung auf ein Modell ab und stimme dem Antrag der rot-grünen Koalition zu.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) warb für den „mutigsten und konsequentesten Schritt“, nämlich das kommunale Wahlrecht für Ausländer einzuführen. Sie erinnerte auch an den interfraktionellen Konsens in der Integrationsoffensive des Landtags, die Ausländerbeiräte zu Ausschüssen für Migration und Integration weiter zu entwickeln. Sonst erhöhe sich die Gefahr, die sich schon jetzt in den meisten Kommunen abzeichne, dass nämlich die Beiräte „im eigenen Saft schmorten“ und die Bereitschaft zum Engagement nachlasse. In der Integrationsoffensive sei man sich einig gewesen, dass die Beiräte echte Beschlusskompetenz erhalten sollten.

Jamal Karsli (fraktionslos) wandte sich gegen weiteres Herumexperimentieren und gegen halbherzige Lösungen. Für ihn heiße die Lösung, dass Ausländerbeiräte und Migrationsausschüsse vor Ort vorhanden sein müssten. Den Kommunen seien diese Migrationsausschüsse vorzuschreiben; das kommunale Wahlrecht müsse den Migranten gewährt werden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sprach sich dafür aus, die politische Integration der Migrantinnen und Migranten in das politische kommunale Leben ohne eine Änderung der Kommunalverfassung zu bewirken. Der Minister betonte den Wert des Lernens im Dialog zwischen Bürgern und Migranten, hier gehe es „um das Einüben kommunalpolitischer Handlungsweisen und Verfahrensabläufe“. Der Erfolg solcher gemeinsamen Anstrengungen habe sich in Solingen und Duisburg gezeigt. Eine solche Herangehensweise sei viel Erfolg versprechender, „als mühevoll nach neuen Organisationsformen für das Zusammenwirken von Rat und Migrantenvertretung zu suchen, die von allen getragen werden“. Zum Gelingen dieser Verantwortung vor Ort sei die Landesregierung gerne bereit, die im Antrag geforderten Handlungsempfehlungen vorzulegen, betonte Behrens.

# „Wir schauen bei jedem Einzelfall genau hin“

## Kopftuch im Unterricht – Koalition und Opposition erörtern gesetzliche Regelung

Aufmerksam verfolgten diese  
Zuhörerinnen von der  
Besuchertribüne aus  
die Plenardebatte  
in Sachen Kopf-  
tuchstreit.

Foto: Schälte

*Im Rahmen einer Aktuellen Stunde hat der Landtag Anfang vergangenen Monats darüber debattiert, welche Konsequenzen in Nordrhein-Westfalen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Tragen eines Kopftuchs im Unterricht zu ziehen sind. Beantragt hatten die Aktuelle Stunde CDU und die beiden Regierungsfractionen SPD und GRÜNE.*

unseren Schulen keine Chance hat“. Aber der Konflikt gehe über die Schule hinaus; er betreffe den gesamten öffentlichen Dienst. In ihren Augen gehe es, fuhr die Abgeordnete fort, nicht um das private, aus religiösen Gründen getragene Kopftuch, sondern um das „politische“, das Symbol für islamischen Fundamentalismus, der Ungleichheit zwischen Mann und Frau und auch für Ungleichheit unter den Muslima selbst. Zu der vom Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit gehöre auch der Respekt vor anderen Religionen. Die

Freiheit höre dort auf, wo im Namen der Religion – hier bezog die Sprecherin ausdrücklich auch nicht islamische Organisationen ein – die Freiheit anderer ausgehöhlt werden könne.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, hielt nichts von einem gesetzlichen Verbot des Kopftuchs an den Schulen: Viele in ihrer Fraktion sähen den Anspruch auf religiöse und weltanschauliche Neutralität nicht allein schon durch den Umstand verletzt, „dass eine Lehrerin ein bestimmtes Kleidungs- oder Schmuckstück trägt“. Löhrmann: „Wir halten unsere Gesellschaft für so liberal und so gefestigt, dass sie dies aushält.“ Entscheidungen sollten im Einzelfall davon abhängig gemacht werden, ob der Schulfrieden gestört wird. An den Schulen arbeiteten 170.000 Lehrerinnen und Lehrer – ob da für die in Frage kommenden 15 Lehrerinnen in NRW ein Gesetz gemacht werden soll?

Marianne Thomann-Stahl (FDP) äußerte Zustimmung zum Kopftuchverbot im Unterricht an öffentlichen Schulen. Das Kopftuch beamteter Lehrerinnen sei nicht als multikul-

turelle Offenheit zu werten, weil eine solche Sicht „den aggressiven Geltungsanspruch von islamischen Fundamentalisten schlicht und ergreifend unterschätzt“. Den Anfängen sei zu wehren, fuhr sie fort und erwähnte das Beispiel einer muslimischen Lehrerin, die unter Berufung auf den Koran sich weigere, Männern die Hand zu geben – ob demnächst auch Mathematik von Lehrerinnen in der Burka unterrichtet werden solle? Die Landesregierung sollte sich zu einer eindeutigen Positionierung und zum Verbot von Kopftüchern in öffentlichen Schulen und im öffentlichen Raum durchringen.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) beschrieb die Praxis im Lande so: „Bisher gab es kein generelles Verbot, aber immer eine individuelle Prüfung.“ Nicht das Tragen eines Kopftuchs allein, sondern die gesamte Haltung und das konkrete Verhalten der betroffenen Lehrerin müssten in den Blick genommen werden. Sollte das Gebot der weltanschaulichen Neutralität im Einzelfall nicht eingehalten werden, könne das Tragen eines Kopftuchs im Unterricht untersagt werden. In einem solchen Fall seien neben dienstrechtlichen auch disziplinarrechtliche und arbeitsrechtliche Konsequenzen möglich. Die Ministerin: „Dafür brauchen wir bisher keine gesetzliche Grundlage, diese Maßnahmen können wir auch so ergreifen.“ Für sie als Ministerin sei entscheidend, aus welchen Motiven das Kopftuch getragen wird. Werde es aus rein persönlichen, religiösen Motiven getragen, so sei das zwar in ihren Augen weiterhin problematisch, „es ist aber letztlich nicht zu beanstanden, wenn es denn keine politische Demonstration und kein Bekenntnis zu fundamentalistischer Ausdrucksweise ist“. Welches Motiv zutrefte, das könne nur von Fall zu Fall entschieden werden. Deshalb schaue sich die Schulaufsicht auch jede Lehrerin genauer an, die ein Kopftuch trage. Bei dieser Praxis sollte es bleiben.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, unterstrich die Verpflichtung des Staates zur weltanschaulichen Neutralität; die dürfe nicht aufgeweicht werden. Das „demonstrative Tragen des islamischen Kopftuchs“ im Unterricht diene nicht der Integration. Rüttgers: „Es verletzt nach unserer Auffassung die Neutralitätspflicht von Beamten.“ Die kulturelle Selbstverpflichtung zu Toleranz, die unser Welt- und Selbstverständnis präge, dürfe nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Denn die führe zu Intoleranz. Und überhaupt: Solle man hier zu Lande das Tragen eines Kopftuchs zulassen, wenn es in der Türkei verboten sei? Der Landtag sollte eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, mit der es islamischen Lehrerinnen an staatlichen Schulen nicht erlaubt sei, das islamische Kopftuch zu tragen.

Brigitte Speth (SPD) warb für einen überparteilichen Konsens in der Kopftuchfrage, der für alle Bundesländer gelte. Denn alle seien dafür verantwortlich, „dass religiöser Fundamentalismus in unserer Gesellschaft und auch in

VON JÜRGEN JENTSCH (SPD)

Das Düsseldorfer Signal für Erneuerung und Konzentration gibt wichtige Hinweise für eine modernisierte Verwaltung: Wir wollen einen klaren Verwaltungsaufbau, der Dienstleistungen effektiv und kundenorientiert aus einer Hand bietet. Dazu gehört für die SPD-Landtagsfraktion eine umfassende Überprüfung aller staatlichen Aufgaben. Die Konzentration auf staatliche Kern- und Gewährleistungsaufgaben muss mit einer Verkleinerung des staatlichen Verwaltungsapparates einhergehen. Dadurch sollen mittelfristig 15 bis 20 Prozent Verwaltungspersonal eingespart werden. Die aktuelle Diskussion um eine Reform der mittleren Verwaltungsebene befasst sich vorrangig mit der Zukunft der Bezirksregierungen, der Landschaftsverbände und der zahlreichen Sonderbehörden. Bei allen Reformbemühungen müssen wir jedoch aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Ein Neuzuschnitt der mittleren Verwaltungsebenen muss sorgfältig geprüft und vorbereitet werden, um zusätzlichen Verwaltungsaufwand zu vermeiden. Dabei müssen wir die an erster Stelle stehenden Interessen der Bürgerinnen und Bürger ebenso im Auge behalten wie die berechtigten Belange der Beschäftigten. Ob am Ende dieses Prozesses drei Bezirksregierungen oder an deren



Stelle drei kommunal/staatlich verfasste Regionalverbände stehen, kann letztlich nur aus dem Reformprozess heraus entwickelt werden.

VON FRANZ-JOSEF BRITZ (CDU)

In der staatlichen Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen sind umfassende Strukturveränderungen erforderlich, da die derzeitige Verwaltungsorganisation kostspielig, ineffektiv, ineffizient und wenig transparent ist. In Nordrhein-Westfalen müssen alle staatlichen Aufgaben auf den Prüfstand. Erst nach einer umfassenden und durchgreifenden Aufgabenkritik kann eine Zuordnung der noch verbliebenen Aufgaben auf die Verwaltungsebenen Land, Regionalebene und kommunale Ebene erfolgen. Hierbei wird es keine Doppelzuständigkeiten mehr geben. Ziel einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform ist eine bürgernahe und transparente Verwaltung sowie die Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung. Im Falle der Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene hat – dem strikten Konnexitätsprinzip entsprechend – ein finanzieller Ausgleich der Belastungen zu erfolgen, die mit der übertragenen Aufgabe verbunden sind. Die Landschaftsverbände und der Kommunalverband Ruhrgebiet gehen in drei neuen Regionalverbänden (Rheinland, Westfalen, Ruhr) auf. Die Regionalverwaltung nimmt zum einen kommunale Aufgaben und zum anderen staatliche Aufgaben wahr. Die Bezirksregierung als staatliche Mittelinstanz wird aufgelöst. Ihre nach der Aufgabenkritik noch verbliebenen Aufgaben werden auf die Kreise und kreisfreien Städte, auf die Regionalverbände oder auf die Ministerien übertragen.



Welche Eckpunkte hat ein Konsens über die Reform der mittleren Verwaltungsebene?

VON DR. INGO WOLF (FDP)

Konsens klingt immer gut, zumal die Menschen im Land genug haben vom Parteienstreit. Aber bevor man über die Abschaffung von Bezirksregierungen und Landschaftsverbänden räsoniert, muss die Politik ihre Hausaufgaben machen. Zunächst ist zu definieren, welche Aufgaben die mittleren Verwaltungsebenen zwingend erfüllen müssen. Welche Aufgaben lassen sich privatisieren, welche Aufgaben können die Städte, Gemeinden und Kreise bürgernäher und effizienter erfüllen? Das führt beispielsweise zu der Frage: Brauchen wir die Kommunalaufsicht bei den Regierungspräsidenten überhaupt noch? Falls ja – lässt sie sich nicht auch im Innenministerium ansiedeln? Eine andere Frage: Müssen die Bezirksregierungen die Schulen beaufsichtigen oder sind dazu nicht auch die Kreise und kreisfreien Städte in der Lage, ebenso wie im Fall des Immissions- und Landschaftsschutzes? Eine schnelle Komunalisierung von Aufgaben und die Abschaffung von kleinen Sonderbehörden sind definitiv wichtiger als die vorzeitige Festlegung auf fünf, drei oder keine Bezirksregierung. Generell gilt: Ohne eine Diskussion über die Kernaufgaben eines schlanken und dadurch bürgernahen Staates, der sich CDU und SPD bisher verweigern, artet jeder Reformversuch zu einem herumdoktern an Symptomen aus.



VON BRIGITTE HERRMANN (GRÜNE)

Leider gibt es für die notwendige Reform der Mittelebene in NRW bislang zwischen den Landtagsfraktionen keinen Konsens. Einigkeit besteht allenfalls darin, die Strukturen zu überprüfen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen einen klaren Verwaltungsaufbau, der Dienstleistungen unbürokratisch und kundenorientiert aus einer Hand bietet. Als ersten Schritt bedarf es dabei einer umfassenden Aufgabenkritik. Alle staatlichen Aufgaben sollen – auch auf ihren Wegfall hin – bis Mitte 2004 überprüft werden. Soweit möglich, wollen wir die Aufgaben unter Wahrung des Konnexitätsprinzips an die Kommunen abgeben. Die verbleibenden Aufgaben sollen entweder auf oberster staatlicher Ebene wahrgenommen werden oder auf der Ebene einer reformierten Mittelinstanz. Im Düsseldorfer Signal haben die Koalitionsfraktionen vereinbart, eine neue staatliche Mittelinstanz in den drei Bezirken Westfalen, Rheinland und Ruhrgebiet neu zu gliedern. Die Aufgaben der bisherigen Bezirksregierungen sollen dazu auf den Kernbestand hoheitlicher Tätigkeit zurückgeführt werden. Zusammen mit den bestehenden Landschaftsverbänden und einem erneuerten Regionalverband Ruhr hätten wir dann eine klare dreigliedrige Regionalverwaltung mit je einem staatlichen und einem kommunalen Teil. Dazu aber ist mit allen Landtagsfraktionen die gemeinsame Verständigung notwendig. Für uns Grüne ist vollkommen klar: Die Reform der Mittelebene ist nur in breitem politischen Konsens erfolgreich möglich.



# Unklarheiten zur NRW-Förderung der Schwebbahn

## Landesregierung informiert Ausschuss über Höhe der Sanierungskosten

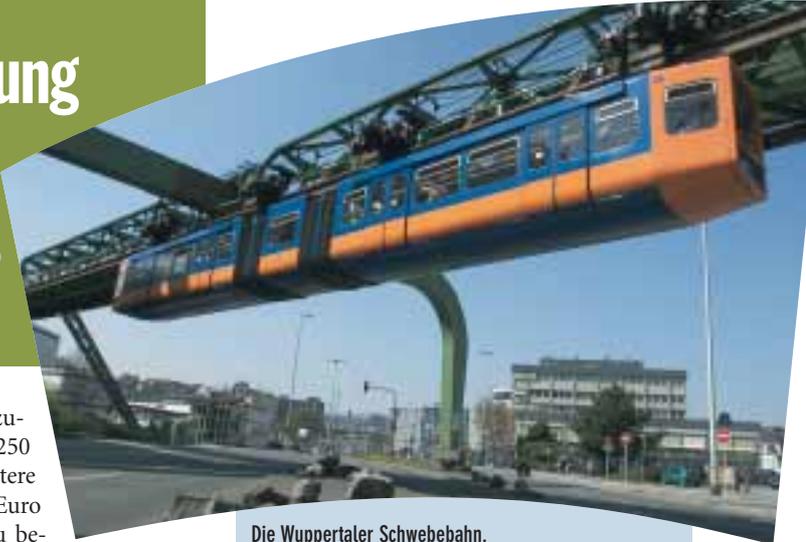
*Die Wuppertaler Schwebbahn – ein Wahrzeichen ihrer Stadt und weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens bekannt. Am 14. Oktober war die finanzielle Beteiligung des Landes an den derzeitigen Sanierungsmaßnahmen der Schwebbahn Thema des Ausschusses für Haushaltskontrolle (Vorsitz Rolf Seel, CDU).*

Peter Müller vom Referat Förderung von ÖPNV-Investitionen vom Landesverkehrsministerium informierte den Ausschuss über die Fördermittelvergabe für die Schwebbahn. Müller erklärte, dass für die Sanierung der Infrastruktur ursprünglich 250 Millionen Euro eingeplant worden seien. 206 Millionen Euro davon seien „zuwendungsfähige“ Kosten gewesen, wovon wiederum 90 Prozent vom Land übernommen worden seien. Der überwiegende Teil dieser Gelder ist „bereits ausgezahlt“, so Müller.

Michael Breuer, Sprecher der CDU, zeigte besonderes Interesse an dem Antrag der Wuppertaler Stadtwerke, zusätzlich zu den geplanten 250 Millionen Euro weitere knapp 170 Millionen Euro vom Land bezuschusst zu bekommen. Breuer wollte wissen, seit wann der Zuschussantrag dem Land vorliege und zu welchem Zeitpunkt Bedenken vom Land geäußert worden seien.

Laut Müller ist der Antrag im Laufe des Jahres 2001 eingegangen. Bereits seit vergangenerem Jahr gebe es Bedenken zur Förderung der zusätzlichen Sanierungskosten. Noch habe das Land keine endgültige Entscheidung getroffen. Breuer war mit diesen Informationen nicht zufrieden und bat um konkretere Details in Form eines schriftlichen Berichts an den Ausschuss.

Rüdiger Sagel, Sprecher der Grünen, wollte wissen, aus welchem Fördertopf die Landesgelder stammen und auf welcher Grundlage die Förderung gewährt wurde. Es werde auf



Die Wuppertaler Schwebbahn.

Fördermittel für Infrastrukturmaßnahmen des Nahverkehrs zurückgegriffen, so Müller. Denn die Baumaßnahmen führten zu einer Verbesserung der ÖPNV-Infrastruktur durch eine Beschleunigung der Zugfolge.

Dr. Jens Jordan, Sprecher der FDP, interessierte sich für die Gründe, die zu dem deutlichen Anstieg der Sanierungskosten geführt haben. Lohnkostensteigerungen, sowie „weitere Gründe, die zuvor nicht berücksichtigt wurden“ haben nach Müller die Kosten der Sanierung in die Höhe getrieben. Auch zu diesem Punkt wünschten eine Reihe von Abgeordneten detailliertere Informationen in dem Bericht des Ministeriums. **sam**

*„Im Herbst, wenn die Blätter fallen, das Wetter nass und kalt ist und die immissionshaltige Luft das kritische NRW-Gemisch braut, dann wird sich in Feldversuchen zeigen, welche der Anlagen mit den schwierigen Herbstbedingungen am besten zurecht kommt.“ Das berichteten Vertreter der DB Regio NRW im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Parlamentarischen Gruppe Bahn am 14. Oktober zum Thema: „Die technischen Detektive der Bahn auf der Suche nach Mitteln gegen den Schmierfilm auf den Gleisen.“*

Technik-Sachverständige erläuterten den „Gleitschutz“, das Anti-Blockier-System der Eisenbahn, die „Besandung“ und eine japanische Variante, wobei der Sand durch Aluminiumoxidgranulat ersetzt wird, das unter hohem Druck auf die Schienen ausgeblasen wird. Seit Sommer 2003 testet die DB Systemtechnik auch diese Variante. Die entscheidenden Ergebnisse



## Bahn geht gegen Rutschpartien vor

### Schmierfilm auf den Gleisen und neue Schienen auf der linken Rheinstrecke

Ein Techniker erläutert die Besandungsanlage gegen Schmierfilm auf den Schienen.

werden jetzt im Herbst erwartet. Ein ganzes Maßnahmenpaket soll Rutschpartien verhindern. Die Triebfahrzeugführer erhalten ein Merkblatt „Gefahr der Bremswegverlängerung bei schlüpfrigen

Schienen“. Rund tausend Fahrzeugführer und 200 Bremsstandhalter trainieren in einer baureihenbezogenen Schulung jeden Handgriff. Die Regionalexpress-Züge Hamm-Aachen und Siegen-Essen, auf denen die Triebfahrzeuge einer bestimmten Baureihe verkehren, drosseln seit Mitte September das Tempo auf 120 Stundenkilometer.

Ein weiteres Thema in der von Vorsitzendem Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Veranstaltung unter dem Motto „Herbstoffensive 2003“ war die Gleiserneuerung auf der linken Rheinstrecke mit zahlreichen Fahrplanänderungen. 

### Führerschein mit 17 – können die Unfallzahlen dadurch gesenkt werden?

**Wirth:** Es ist richtig, dass wir gerade im Bereich der Jugendlichen zwischen 18 und 24 die Hauptunfallzahlen haben, aber nicht unbedingt bei den 18- bis 20-Jährigen. Ob wir also auf diesem Wege die Unfallzahlen senken können, bleibt abzuwarten. In Belgien hat man bereits vor Jahren gute Erfahrungen mit begleitetem Fahren gemacht, allerdings sind dort auch nicht so Ballungsräume wie bei uns. Man muss sich heute nur mal das Verkehrsaufkommen in unseren Städten angucken und wir rechnen bis 2015 damit, dass sich der Individualverkehr noch um 30 Prozent steigern wird. Als Allheilmittel sehe ich das nicht an, aber wir sollten den Versuch ruhig starten.

**Hardt:** Wir haben exorbitante Unfallzahlen bei den 18- bis 24-Jährigen, nämlich über 20 Prozent der tödlichen Unfälle und das bei einem Gesamtbevölkerungsanteil von nur rund 8 Prozent. Der Deutsche Verkehrsgerichtstag hat daraufhin Ende Januar beschlossen, einen Probeversuch „Begleitetes Fahren mit 17“ zu fordern. Im letzten Jahr gab es hier zu Lande über 6800 Verkehrstote. Das ist im europäischen Vergleich sehr hoch. Die EU hat nun beschlossen, durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, bis zum Jahr 2010 die Unfallzahlen zu halbieren. Vor diesem Hintergrund unterstütze ich den Versuch.

**Rasche:** Es gibt konkrete Projekte in anderen Ländern, die belegen, dass die Unfallzahlen um 50 Prozent zurückgegangen sind. Unser Antrag, der dann in einen gemeinsamen Entschließungsantrag gemündet ist, zielte darauf ab, einen Modellversuch in NRW zu starten. Dieser Modellversuch wird zeigen, ob es sinnvoll ist oder nicht. Wenn man in anderen Ländern hierdurch gerade die Unfallzahlen bei den 18- bis 20-Jährigen erheblich reduzieren konnte, dann sollten auch wir jede Möglichkeit nutzen, um das zu tun. Ziel ist es, dass die jungen Leute auf diesem Wege Fahrpraxis sammeln. Dieser Modellversuch müsste selbstverständlich bundesweit laufen.

**Keymis:** Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen ist es so, dass hierdurch die Unfallzahlen erheblich gesenkt werden können. Deshalb haben die Grünen den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen im Landtag mitgetragen. Nicht gut fanden wir den Vorschlag, dies zunächst modellhaft für ein Bundesland auszuprobieren. Der Versuch sollte bundesweit

durchgeführt werden. Wir haben natürlich in Deutschland eine spezielle Struktur, erstens, weil wir föderal organisiert sind, zweitens, haben wir das Problem, dass wir sehr starke, unterschiedliche Verkehrsdichten haben. NRW ist ein Land mit täglich rund 10 Millionen Kfz auf den Straßen, das sind so viele wie auf dem gesamten Kontinent Afrika.

### Verlässlicher Nahverkehr in NRW – wann hört der Tarif-Dschungel endlich auf?

**„Pünktliche Züge sind heute leider die Ausnahme“**  
**Verkehrspolitische Sprecher suchen Wege aus dem drohenden Chaos**

*Überfüllte Busse und Bahnen, verspätete oder ausgefallene Züge, kilometerlange Autoschlängen – in vielen Ballungsräumen in NRW gehört das längst zum „Alltagsgeschäft“ tausender Pendler. Und das Verkehrsaufkommen in NRW steigt stetig. Über Auswege aus dem drohenden Verkehrschaos und die Einflussmöglichkeiten, die der Landtag hierbei hat, sprach Landtag intern mit den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen: Gerhard Wirth (SPD), Heinz Hardt (CDU), Christof Rasche (FDP) und Oliver Keymis (GRÜNE).*

**Wirth:** Ich habe den Wunschtraum, dass jeder von uns eine Plastikkarte in der Tasche hat mit der wir in einen Bus, einen Zug oder auch ins Auto steigen und über Satellitensystem erfasst werden. Das heißt, dass alle Verkehrsträger nach dem Best-Price-System abgerechnet werden, ähnlich wie beim Handy. Dann stellt sich diese Frage überhaupt nicht mehr. Ich bin sicher, dass das irgendwann kommen wird. Bis dahin muss natürlich noch einiges



Gerhard Wirth (SPD)

überbrückt werden. Wir diskutieren ewig schon über das Thema NRW-Preis. Es scheitert

leider immer an den verschiedenen Zweckverbänden. Wir haben neun Aufgabenträger in NRW mit unterschiedlichen Preisstrukturen. Wir haben darauf reagiert und die so genannte Managementgesellschaft gegründet mit dem Ziel, dass die Zweckverbände mit dem Land zusammenkommen um einheitliche Tarifstrukturen zu erarbeiten. Aus meiner Sicht sollte das bereits morgen kommen, nur die Strukturen und die Bürokratie, die dahinter stecken, verhindern so etwas leider. Das ist für den Bürger sehr unbefriedigend.

**Hardt:** Es gibt in NRW neun verschiedene Verbundräume und Probleme treten an den Verbundgrenzen auf. Da muss noch einiges verbessert werden, weil es vernünftige Übergangstarife letztlich noch nicht gibt. Wenn zudem die Pendlerpauschale halbiert wird oder wegfällt, ist der Anreiz für den Einzelnen da, wieder auf das Auto umzusteigen, weil das auch mit Blick auf die lokale Mobilität billiger sein kann. Deshalb kommt es mir darauf an, die Übergänge für die mobilen Pendler sinnvoller zu gestalten und zu Tarifen zu kommen, die den öffentlichen Nahverkehr weiterhin attraktiv halten. Derzeit ist das Tarifgefüge sehr unterschiedlich. Das Land sollte zusammen mit den kommunal organisierten Verkehrsverbänden an besseren Übergangstarifen arbeiten und die diesbezüglichen Initiativen der Verbände stärken.

**Rasche:** Im Moment ist der Fahrplan ein reines Chaos. Verspätungen bis zu 60 Minuten werden zur Normalität, pünktliche Züge zur absoluten Ausnahme. Es fließen in den Schienenverkehr jährlich 700 Millionen Euro Landesmittel. Und da muss die Gegenleistung ein verlässlicher Fahrplan sein. Wenn dieser nicht kommt, müssen wir Gelder reduzieren oder zurückfordern. Ein weiterer Punkt ist: Neun Verkehrsverbände in NRW sind zuviel. Statt diese zu reduzieren, hat die Landesregierung den Ausweg über die so genannte



Managementgesellschaft gesucht. Die Verhandlungen laufen jetzt schon seit gut einem Jahr und sind immer noch nicht zu Ende geführt. Ein einheitliches Preissystem, landesweite Konzepte und Standards wären mit weniger Verkehrsverbänden und einfachen Strukturen leichter umzusetzen, die außerdem für wesentliche Einsparungen sorgen würden.



Oliver Keymis (GRÜNE)

**Keymis:** Wenn es nach den Grünen gehen würde, wäre das längst so. Wir wollen das Mobilitätshemmnis der Verbundgrenzen bei Bussen und Bahnen beseitigen. Wir

setzen das zum Teil übrigens um. Zumindest innerhalb der Verbände gibt es bereits die so genannten Schoko-Tickets für Kinder und Jugendliche. Im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) gibt es das Bären-Ticket für Leute ab 60. Allerdings sind die neun Zweckverbände, die das zu organisieren haben, einfach noch nicht so homogen, auch was diesen Teil der Organisation betrifft. Da machen wir Druck so gut wir können. Auch der Verkehrsminister tut das. Es ist eine alte Forderung der Grünen, diese Zweckverbände zusammenzuführen. Das haben wir übrigens auch im „Düsseldorfer Signal“ vereinbart.

**Was für einen Einfluss hat der Verkehrsausschuss überhaupt auf die Mobilität in NRW und kann er durch gezielte Förderung zu besseren Verkehrswegen beitragen?**

**Wirth:** Natürlich hat der Verkehrsausschuss bzw. der Landtag Einfluss auf die Mobilität. Beispielsweise haben wir mit der Verwirklichung des Integralen Taktverkehrs II inzwischen rund 100 Millionen Zugkilometer in NRW im Gegensatz zu 78 Millionen im Vorjahr. Gerne würde ich auch mehr Mittel in den Landesstraßenausbau und die – unterhaltung stecken, aber da ist uns leider der finanzielle Riegel vorgeschoben. Ein wichtiges Ziel für die nächsten Jahre ist zudem die Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans. Dies ist für NRW besonders wichtig, weil davon viele Autobahnstrecken im Land betroffen sind. Wichtig ist auch,

dass wir weiter unser Luftverkehrskonzept umsetzen und somit die Flughäfen in NRW an Bedeutung gewinnen.

**Hardt:** Der Verkehrshaushalt des Landes ist im Endeffekt in weiten Teilen an den Bundshaushalt gekoppelt. Dort wurden auch die Sofortprogramme für Autobahnen und Bundesstraßen entwickelt, die aber an die Finanzierung durch die LKW-Maut gebunden sind. Deswegen hängt die Zukunft der Infrastruktur gerade in NRW besonders von der



Heinz Hardt (CDU)

Fotos: Schälte

Maut ab. Wenn diese erst Ostern 2004 kommen sollte, wird das Defizit des Bundes durch die Verspätung 1,5 Milliarden Euro betragen. Dabei handelt es sich um Gelder, die bei den Ländern sofort umgesetzt werden sollten. Das Geld wird nun fehlen und allein 20 Prozent davon – also 300 Millionen Euro – betreffen NRW. Um die Mobilität im ÖPNV zu verbessern hielte ich es für sinnvoll, wenn der Bund 500 Millionen Euro aus dem für die Magnetschwebbahntechnik bereitgestellten Topf herausnähme und diese dem Land NRW für den Bau einer Ring-S-Bahn zur Verfügung stellen würde. Damit könnte ein Projekt angestoßen werden, das sich in einem überschaubaren Zeitraum realisieren ließe – schätzungsweise sechs bis sieben Jahre.

**Rasche:** Die Verkehrsprognosen bis zum Jahre 2015 sagen beim Lkw-Verkehr eine Steigerung von 65 Prozent voraus,



Christof Rasche (FDP)

beim Pkw-Verkehr von 30 Prozent. Für NRW Haupttrassen in Ost-West-Richtung bedeutet die EU-Osterweiterung sogar 100 Prozent mehr Lkw-Verkehr und 40 Prozent mehr Pkw-Verkehr. Die Prognose beinhaltet zudem eine 100-prozentige Steigerung im Güterverkehr bei Binnenschifffahrt und Bahn.

Beides ist nach derzeitiger Infrastruktur nicht zu bewältigen. NRW gibt für den Neubau und die Sanierung der Landesstraßen noch 50 Prozent des Durchschnitts der 80er-Jahre aus, obwohl der Sanierungsbedarf größer geworden ist, der Verkehr extrem zugenommen hat und auch die Steuereinnahmen im Vergleich zu damals erheblich gestiegen sind. Das ist reinste Mangelverwaltung. Darüber diskutieren wir im Verkehrsausschuss. Gerade in der aktuellen Finanzlage muss sich das Land auf das Notwendige konzentrieren. Aufgrund der gewaltigen Verkehrsprognosen müssen wir die Verkehrswege aller Verkehrsträger ausbauen, ansonsten ist der Wirtschaftsstandort NRW extrem gefährdet.

**Keymis:** Zunächst einmal ist der Landtag ja der Haushaltsgesetzgeber und der Verkehrsausschuss als ein Ausschuss dieses Hauses ist in der Lage, Vorschläge zu erarbeiten, mit wie viel Geld man welche Verkehrsprojekte fördert. Richtig ist natürlich, dass dann die Handelnden, also die entsprechende Verwaltung auf der Landesebene, auf der Deutsche Bahn AG-Ebene und die einzelnen kommunalen Körperschaften, wieder zusammenkommen müssen. Hier drängt sich der Eindruck auf, dass manches zu lange dauert. In Zukunft wird es für NRW wichtig sein, dass wir das Angebot insbesondere auf der Schiene erheblich verbessern und steigern. Wir wollen das Leistungsangebot im ÖPNV noch deutlich ausbauen, wir streben eine engere Vertaktung der einzelnen Fahrbeziehungen an und wir wollen einen starken Ost-West-Strang im Zuge des Metro-Express. Wichtig ist darüber hinaus, dass wir den Wettbewerb auf der Schiene wesentlich stärker fördern.

Die Gespräche führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

## Erste Bilanz für die Ganztagschulen Rot-Grün lobt Startphase – Opposition kritisiert Nachmittagsbetreuung

*Alle loben die Ganztagschulen. Nur im Detail gibt es die Unterschiede. Während die Regierung den Start der offenen Ganztagsgrundschulen in Nordrhein-Westfalen positiv einschätzt, kritisiert die Opposition die Programme im Anschluss an den regulären Unterricht. Sie fordert mehr Unterricht am Nachmittag. Der Schulausschuss (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) diskutierte am 8. Oktober über das Thema.*



Manfred Degen (SPD)

Bernhard Recker (CDU)

Ralf Witzel (FDP)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Beide Oppositionsfraktionen stellten Anträge zur Verbesserung der Situation der Ganztagschulen. Die CDU forderte in ihrem Antrag (Drs. 13/3524): „Das Konzept der Landesregierung wird den qualitativen Ansprüchen an eine Ganztagschule nicht gerecht.“ „Ganzheitliche pädagogische Konzepte“, „ganztägige Beschulung mit ausgebildeten

Lehrern“ und eine „Verstärkung der individuellen Förderung“ werden darin gefordert.

Auch die FDP-Fraktion verlangt in ihrem Antrag (Drs. 13/3575) eine „Qualitätsorientierte Ganztagschule“.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) verteidigte weiterhin das jetzige Konzept der offenen Ganztagschule. Ihrer Meinung nach sei die Entscheidung richtig gewesen, „auf den offenen Weg“ zu setzen. Ralf Witzel (FDP) sah das anders: „Es gibt viele, die würden gerne andere Modelle annehmen.“ Er stellte den Standpunkt der FDP klar: „Uns geht es um freiwillige Angebotsschulen im Nachmittagsbereich.“ Manfred Degen (SPD) warnte vor einer „Gespensterdiskussion“ und erinnerte daran, dass man sich bei den Ganztagsgrundschulen erst in der Einstiegsphase befinden würde. Nach drei Wochen Anlaufzeit sei die weitere Entwicklung noch gar nicht absehbar. Dem schloss sich Brigitte Speth (SPD) an: „Wir reden über etwas, was wir gerade erst begonnen haben.“

Sowohl der Antrag der CDU als auch der Antrag der FDP wurden durch die rot-grüne Mehrheit abgelehnt. **ck**

Deutschland haben sich verändert. Es gibt immer mehr Mütter und Väter, die ihre Kinder alleine erziehen oder aber Eltern, die beide berufstätig sind. Und diese sind eben auf fremde Hilfe angewiesen.

Heftig diskutiert wurde im Ausschuss über die Umsetzung der Ganztagschulen. Von „Etikettenschwindel“ sprach Klaus Kaiser (CDU). Und Bernhard Recker (CDU) verlangte mehr Einsatz: „Da, wo Schule draufsteht, hat auch Schule drin zu sein!“ So würden die Kinder in den Schulen nachmittags nur betreut und eben nicht unterrichtet.

Seit Beginn des Schuljahres am 15. September diesen Jahres gibt es bereits 235 offene Ganztagsgrundschulen in Nordrhein-Westfalen in insgesamt 72 Gemeinden. Dort werden die Schülerinnen und Schüler auch nachmittags von Lehrern betreut. Aber auch ehrenamtliche Helfer aus Vereinen und Eltern helfen mit, damit die Betreuung funktioniert.

Einig sind sich alle Fraktionen in einem Punkt: dass es ein Angebot für Kinder nach der Schulzeit geben muss. Denn die Familien in

## Wahl der richtigen Schulform Diskussion über Übergangsverfahren

*Immer häufiger wechseln nordrhein-westfälische Schülerinnen und Schüler in ihrer Laufbahn die Schulform. Grund hierfür sei der derzeitige Verlauf der Übergangsverfahren von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen, so die Kritik der Oppositionsfraktionen. Diskutiert wurde darüber in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung unter Vorsitz von Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU).*

Die Entscheidung, welche weiterführende Schule für das Kind die Beste ist, treffen in den meisten Fällen die Eltern. Von den Grundschulen werden zwar Eignungsgutachten erstellt, aber diese sind nicht bindend. In den ersten beiden Jahren auf der weiterführenden Schule zeigt sich dann, ob die Leis-

tung des Kindes den Anforderungen der Schule entspricht.

Die Oppositionsfraktionen bemängeln an diesem Verfahren, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler die Schulform nach dem Übergangsverfahren wechseln. Damit würde die Schullaufbahn gravierend behindert. In dem

Antrag der CDU (Drs. 13/3020) heißt es: „Die Erfahrungen aus der derzeitigen Praxis zeigen, dass die Regelung des Übergangsverfahrens zur Sicherung der Bildungsqualität nicht ausreichend ist.“ Es wird eine „fundierte Empfehlung“ von den Grundschulen gefordert, die über den Leistungsstand der Kinder informieren soll. Zudem sollen die weiterführenden Schulen über ihr Anforderungsprofil informieren.

Manfred Degen (SPD) warnte: „Rumdoktern an der Übergangslösung bringt überhaupt keine Fortschritte.“ Sylvia Löhrmann (GRÜNE) kritisierte den Antrag als zu „kurz greifend“. Man müsse darauf achten, dass keine neuen Hürden aufgebaut würden. Ralf Witzel (FDP) betonte, dass seiner Fraktion ein Übergangsverfahren wichtig wäre, bei dem „Abschulung nicht mehr nötig wäre“.

Der Antrag der CDU wurde durch die Stimmen von der SPD und den Grünen abgelehnt. **ck**

## „160 Stunden werden verschenkt“

### Expertenhearing zum Fach Geschichte im Schulausschuss

*Weder in Klasse 5, noch in Klasse 8 wird an nordrhein-westfälischen Schulen Geschichte unterrichtet. Nach Meinung der Sachverständigen ist dies „ein großer Fehler“. Bei dem Expertenhearing am 8. Oktober ging es um die Frage, ob und wenn ja in welcher Weise die Landespolitik Veränderungen herbeiführen sollte, um für eine bessere historisch-politische Bildung der Schüler zu sorgen. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) hatte hierzu Geschichtslehrer und Hochschulprofessoren geladen.*

Die Diskussion um die Qualität des Geschichtsunterrichts wurde im März durch einen Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/3630) eingeleitet. Darin wird die Landesregierung u.a. dazu aufgefordert, „das

Denk- und Handlungsbedingungen hineinzuversetzen, wird von den Schülern „weitestgehend nicht erbracht“, so Borries.

Dr. Willi Nikolay vom Clara-Schumann-Gymnasium in Bonn hob die Bedeutung von „kontinuierlichem Geschichtsunterricht“ hervor und

gangenheitsbetrachtung ermögliche den „Kompetenzerwerb zur Bewältigung von Gegenwarts- und Zukunftssituationen der Lernenden“. Grundsätzlich sei eine Erhöhung des Volumens von Geschichtsunterricht erforderlich.

Hans Frey (SPD) wies darauf hin, dass die meisten Lehrer „die Wichtigkeit ihres Unterrichtsfaches hervorheben“ möchten. Er hielt es für sinnvoller, über verstärktes fächerübergreifendes Lehren zu sprechen, anstatt über die Anzahl der Wochenstunden der einzelnen Fächer zu streiten.

Arnold stimmte grundsätzlich zu, dass es keinen Sinn mache, die verschiedenen Fächer um Unterrichtsstunden konkurrieren zu lassen. Allerdings sollte jeder Lernvorgang Kontinuität aufweisen. Diese Kontinuität werde aber für das Fach Geschichte zweimal unterbrochen. Denn sowohl in Klasse 5 als auch in Klasse 8 fände überhaupt kein Geschichts-Unterricht statt. „Fehlende Kontinuität bedeutet Rückfall“, so Arnold.

Auch Studiendirektor Dr. Rolf Brütting sieht ein Hauptproblem des Geschichtsunterrichts in NRW durch die „Lücke“ in Klasse 8. Ein Großteil der Kenntnisse der Schüler von zwei Jahren Unterricht würde so verloren gehen. „160 Stunden werden verschenkt“, so Brütting.

#### GANZHEITLICHE BILDUNG

Professor Bernd Faulenbach von der Uni Bochum betonte, dass nicht nur das Vermitteln von Wissen im Sinne von reinem Faktenlernen wichtig sei, sondern, dass das „entdeckende Lernen“ gestärkt werden müsse. Als Beispiel nannte er den Besuch von Gedenkstätten. Ziel müsse die „ganzheitliche Bildung“ sein.

Dr. Helga Jung-Paarmann von der Laborschule in Bielefeld sprach sich für fächerübergreifenden Unterricht aus. Die Laborschule ist eine staatliche Versuchsschule des Landes Nordrhein-Westfalen, die nicht in einzelnen Fächern, sondern in „Erfahrungsbereichen“ (z.B. „Wahrnehmen und Gestalten“ „Naturwissenschaften“) unterrichtet. „Die Schüler erbringen gute Leistungen in Geschichte“, so Jung-Paarmann, obwohl das Fach Geschichte nicht als eigenes Fach unterrichtet werde.

Auffällig war die von fast allen Sachverständigen geäußerte Kritik an der fehlenden Kontinuität des Geschichtsunterrichts in den weiterführenden Schulen. Zudem war der allgemeine Wunsch nach einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Fächern erkennbar. Über das weitere Vorgehen im Ausschuss zum Thema Geschichtsunterricht werden die Fraktionen nun beraten. **sam**



Gewicht des Faches Geschichte wieder herzustellen“ und die Lehrpläne „so zu verändern, dass das Fach (...) in einem gesicherten Rahmen stattfinden kann“.

Bevor es im zuständigen Ausschuss für Schule und Weiterbildung zu weiteren Diskussionen über den Antrag kommen wird, wurde eine Anhörung von Sachverständigen einberufen.

Professor Bodo von Borries von der Uni Hamburg wies auf empirische Studien hin, die zeigten, dass die Lehrer im Fach Geschichte – „wie in anderen Fächern“ – weit hinter den Ansprüchen der Lehrpläne zurück blieben. Dies sei allerdings in anderen Bundesländern ähnlich. Die Fähigkeit, sich in ganz andere Lebens-

Experten vor Beginn der Anhörung im Gespräch mit dem Schulausschussvorsitzenden (3.v.r.).  
Fotos: Schälte

kritisierte aus diesem Grund, dass das Fach Geschichte in der achten Klasse nicht unterrichtet wird. Joachim von Olberg von der Uni Münster betonte anschließend, dass nicht die Qualität und der Umfang der Lehrpläne allein entscheidend wären, sondern beispielsweise auch das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern.

Herbert Reul (CDU) wollte von Professor Udo Arnold (Uni Bonn) wissen, ob und wenn ja, warum Geschichte als eigenständiges Fach erhalten bleiben sollte. Arnold sprach sich ausdrücklich für den Erhalt von Geschichte als separatem Fach aus. Die dort erfolgende Ver-

# Lücken bei Personal und Frequenzen setzen dem hohen Anspruch Grenzen

## Medienausschuss beim Deutschlandfunk in Köln

*„Es muss sich etwas ändern“, meinte NRW-Staatssekretärin Professor Dr. Miriam Meckel beim Besuch des Medienausschusses beim Deutschlandfunk (DLF) in Köln am 17. Oktober. Nichts als ärgerlich sei der lückenhafte Empfang, der das DLF-Hören zum Beispiel beim Autofahren erheblich behindert. Auch die medienpolitischen Sprecher der Fraktionen klagten über schlechte Frequenzen für das geschätzte werbefreie Programm.*

Seit 1994, als der Deutschlandfunk Köln (DLF) mit Rias Berlin und Deutschlandsender-Kultur zu DeutschlandRadio Berlin/Deutschlandfunk zusammengelegt wurde, hat sich die Zahl der Sender zwar auf 223 erhöht. Aber die Vollversorgung mit den beiden bundesweiten Programmen ist in weniger als der Hälfte aller Bundesländer gewährleistet. Die Landkarten, mit denen DeutschlandRadio über den Empfang in allen 16 Bundesländern informiert, gleichen Flickenteppichen, wobei das Überlappen mit stärkeren ARD-Frequenzen gar nicht abgebildet ist.

### FREQUENZGERANGEL

Im Gespräch mit dem Düsseldorfer Medienausschuss wurden aktuelle Einzelheiten berichtet. Ein durchgreifend besserer DLR-Empfang in NRW wäre durch den Sender Langenberg des WDR möglich gewesen. Aber der WDR gab die freie Frequenz nicht ab, sondern setzte ein neues Format „Funkhaus Europa“ darauf, das auch in Bremen ausgestrahlt wird. Und der Hessische Rundfunk hatte drei sehr gute Frequenzen frei, veranstaltet aber lieber drei weitere eigene Programme, als die Frequenzen an den DLR abzugeben.

Ebenso zögerlich verhalten sich die britischen „Gaststreitkräfte“. Sie könnten die Frequenz für ihren Soldatensender freigeben. „Der BFBS führt sich auf wie zu Besatzungszeiten“, meinte ein Ausschussmitglied. Der DLF-Justitiar erläuterte, Deutschland könne dem Sender die Frequenz wegnehmen, strebe aber eine freiwillige Lösung an. Staatssekretärin Meckel konnte nur von ersten Signalen berichten, dass der Gastsender an der künftigen Digitalisierung interessiert sei.



Nachrichten, Interviews, Korrespondentenberichte, Moderation aus dem Studio Köln des Deutschlandfunk.

So wunderte sich der Medienausschuss nicht, dass er selbst, „der Landtag“, „die Politik“ um Hilfe gebeten wurde. „Wir haben den Auftrag verstanden“, sagte Vorsitzende Claudia Nell-Paul (SPD) nach dem Sachstandsbericht von DLF-Intendant Ernst Elitz.

Bescheiden und eher nebenbei, aber doch mit einem gewissen Stolz waren Superlative von den Verantwortlichen zu hören: Der DLF ist Spitze bei der Eigenproduktion (83 Prozent bei Wortsendungen). Seine Nachrichtensendungen sind Bestleistungen. Die Hörspiele sind berühmt. Musikaufnahmen werden international hoch geschätzt. Das Online-Angebot ist schon ausgezeichnet worden (monatlich bis zu 300.000 Zugriffe). Der DLF ist einziger Rundfunksender unter den zehn meistzitierten Medien Deutschlands und bei Hörfunk-Zitaten Spitzenreiter. Und das trotz beispiellosem Personalabbau: von 1800 auf 710 in neun Jahren.

Mit weniger Geld als die ARD-Konkurrenten und weniger Personal macht der „Informationssender“ auch nach dem Regierungsumzug in die neue Hauptstadt weiter. Intendant Elitz hofft jetzt auf die „Selbstverpflichtung“. Im Rundfunkstaatsvertrag – der 7. Änderungsentwurf liegt vor – soll der Auftrag der öffentlich-rechtlichen Anstalten präzisiert und für DeutschlandRadio gesondert festgelegt werden. Marc Jan Eumann (SPD) begrüßte das Vorhaben, warnte vor „Selbstbeschränkung“ und erwartete Anstöße für die Novelle des WDR-Gesetzes. Dr. Stefan Grüll

(FDP) wies auf den Antrag seiner Fraktion „Selbstverpflichtung des WDR nach dem BBC-Modell“ hin. Das neue Instrument soll gleichzeitig mehr Transparenz in die Kostendiskussion bringen.

### RUNDFUNKGEBÜHREN

„Gebührensender“ wie der Deutschlandfunk bemühen sich vor allem um hohe Qualität. Oliver Keymis (GRÜNE) griff den Anspruch auf: Journalistische Qualität und geistig-kulturelle Reichweite seien für die Grünen von grundsätzlicher Bedeutung. Die Zukunft des Senders dürfe nicht nur ökonomisch diskutiert werden. Die Gebührenkommission KEF hält den Vierzig-Cent-Anteil an den 16,15 Euro für ausreichend, berücksichtigt nach Ansicht des DLF aber die höheren Verwaltungs- und Technikkosten nicht. Lothar Hegemann (CDU) meinte sogar, die KEF vertrete nicht (mehr) die Interessen der Anstalten.

Was sich der Kölner Bundessender noch wünscht: mehr DLF-Korrespondenten in den Ländern; „weiter so“ beim Online-Angebot wegen der Empfangslücken und als Service für die junge, gebildete Hörerschaft, und bei Ost-West-Integration, einem Auftrag, der bis zur deutschen Einheit an erster Stelle gestanden und das hohe Ansehen des DLF in Ostdeutschland begründet hat.

23.000 Euro hat das Justizministerium NRW in diesem Jahr für die Gruppenbetreuung von Straftätern, die unter Bewährungsaufsicht stehen, bereitgestellt. Darunter fielen bislang auch Freizeitaktivitäten wie Segel- und Skikurse – so genannte erlebnispädagogische Angebote. Dies wird künftig nicht mehr so sein, kündigte Justizminister Wolfgang Gerhards (SPD) im Rechtsausschuss (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) an. Die frei werdenden Gelder sollen nun anderen Projekten zur Förderung der Straffälligenhilfe zugute kommen, so der Minister.

Ich darf sie beruhigen, die Strafvollstreckung hier zu Lande ist gewiss kein Freizeit- und Spaßangebot“, erklärte Minister Gerhards. Gleichzeitig musste er jedoch einräumen, dass es die in der Presse kritisierten Segel- und Skikurse „im Einzelfall tatsächlich gegeben“ hat. Seit einigen Jahren biete die Bewährungshilfe soziale Gruppenbetreuungen für Verurteilte an. Hierbei handele es sich jedoch in der Regel um Gesprächsrunden, Handwerkskurse und Verhaltenstrainingsangebote, um die Kommunikations- und Gemeinschaftsfähigkeit von Straftätern wieder zu stärken. Die Verteilung der Gelder für diese Betreuungsangebote obliege den Präsidenten der Oberlandesgerichte, daher habe sich das Justizministerium bisher hier auch nicht eingemischt.

Die aufgekommene Diskussion habe

## „Wir können uns keine Exotenförderung mehr leisten“

### Justizminister Gerhards streicht Segel- und Skikurse für Straftäter

er jedoch zum Anlass genommen, die Förderungspraxis überprüfen zu lassen. Dabei sei zu Tage gekommen, dass ein „nicht unerheblicher Anteil“ der beantragten Gelder auf die so genannten erlebnispädagogischen Maßnahmen entfallen sei. Hier sah Gerhards Handlungsbedarf. „Angesichts knapper Kassen können wir uns im Bereich der grundsätzlich wünschenswerten Fortentwicklung von Haftalternativen eine Exotenförderung buchstäblich nicht mehr leisten.“ Die Mittel hierfür würden deshalb „künftig insgesamt gestrichen“. Darüber hinaus hat der Minister die Gerichtspräsidenten veranlasst, jedes Projekt, das für dieses Jahr bereits bewilligt aber noch nicht umgesetzt worden ist, nochmals genau zu überprüfen.

#### „GELDVERSCHWENDUNG“

Dr. Robert Orth (FDP) zeigte sich froh darüber, dass sich das Justizministerium dazu durchgerungen habe, diese Form von Betreu-

ungsangeboten künftig nicht mehr zu finanzieren. Die Präventionswirkung, die von Strafe ausgehen soll, würde vollkommen abhanden kommen, wenn am Ende einer Tat ein gemeinsamer Skiurlaub stehen würde, so Orth weiter. Bei den Betreuungsangeboten für Straftäter müssten wieder mehr die erzieherischen Maßnahmen als der „Fun“ im Vordergrund stehen.

Begrüßt wurde die Entscheidung des Ministers auch von Hans-Willi Körfges (SPD): In Zeiten allgemeiner Knappheit stießen solche Angebote beim Bürger auf wenig Verständnis. Gleichzeitig warnte er jedoch vor einer „Diskussion über Strafzwecke – nach dem Motto: „Strafe muss wehtun.“ Es sei richtig, bei den Angeboten Kosten und Nutzen gegeneinander abzuwägen. Sportliche Aktivitäten seien hingegen durchaus dazu geeignet, auf Straftäter einen positiven Einfluss auszuüben.

Deutlich kritischere Töne in Richtung Justizministerium schlug Dr. Rolf Hahn (CDU) an: „Hier ist viel Geld verpulvert worden.“ Aufgrund der angespannten Haushaltslage müsse man mit jedem Euro rechnen. Die Verschwendung von Geldern halte er daher „nicht für akzeptabel“.

ax

## Keine Patentrezepte gegen Überstunden

### Bericht der Landesregierung zu Problemen im Vollzugsdienst

In einigen Justizvollzugsanstalten in NRW drohen die Bediensteten in Überstunden zu ersticken. So zum Beispiel in der JVA Wuppertal: Hier liegt die durchschnittliche Überstundenzahl pro Mitarbeiter bei rund 146 – fast doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt. Der Rechtsausschuss hatte daher die Landesregierung um einen Bericht gebeten.

Viele Gefängnisse im Land sind überbelegt und Personal ist knapp. Die krankheitsbedingten Ausfälle können von dem vorhandenen Personal nicht ausgeglichen werden. Bis Ende Juli waren daher

in den Justizvollzugsanstalten insgesamt über 460.000 Überstunden angefallen.

Um die Lage zu verbessern, kündigte Minister Gerhards intensive Gespräche mit allen Verantwortlichen im Strafvollzug an. Für das Überstundenproblem habe auch er „keine übergreifenden Patentrezepte“, er äußerte sich jedoch zuversichtlich, dass ein Abbau der Überstunden gelingen kann, ohne dass die „hohe Qualität des Justizvollzugs“ in NRW darunter leidet.

Forderungen nach mehr Personal in den Gefängnissen bezeichnete Gerhards aufgrund der derzeitigen Haushaltslage als „unrealistisch“.



Eine JVA-Bedienstete beim Schlüsselempfang zu Beginn der Schicht. Foto: Maus

Es sei daher darauf zu achten, dass das vorhandene Personal effizienter eingesetzt wird.

Seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 9. September steht fest: In Deutschland gilt Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit, auch wenn der oder die Betroffene zeitweise gar nicht in Anspruch genommen wird. Entscheidend ist, dass Ärzte im Krankenhaus zur Verfügung stehen müssen. Auch der Aufenthalt in einem Ruheraum ändere nichts daran. Zu den Auswirkungen des Urteils auf die Arbeitszeitregelungen an den Krankenhäusern in NRW nahm die Landesregierung in der jüngsten Sitzung des Arbeitsausschusses (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) Stellung.

## Keine 30-Stunden-Schichten mehr für Klinikärzte

EuGH-Urteil zu Bereitschaftsdiensten/  
Tarifvertragsparteien gefordert

Kritischer Blick: Die Arbeitszeit der Ärzte an deutschen Krankenhäusern war Gegenstand einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs.  
Foto: Schälte

Überraschend schnell reagierte der Bundestag auf das Urteil aus Luxemburg und hat die Vorgaben aus Europa in einen Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes aufgenommen. Demnach haben es künftig die Tarifvertragsparteien in der Hand, die für deutsche Krankenhäuser notwendige Flexibilisierung der Arbeitszeit von Ärzten und Pflegepersonal auszuhandeln. Solange jedoch keine neuen Tarifverträge abgeschlossen sind, gelten ab 2004 die Richtlinien der EU: Die Wochenarbeitszeit von Ärztinnen und Ärzten darf 48 Stunden nicht überschreiten bei einer zulässigen Tagesarbeitszeit von acht bis maximal zehn Stunden. Diese Regelung stellt die Krankenhäuser vor eine schwer lösbare Aufgabe, denn es fehlt an Geld und an ärztlichem Personal. Der Marburger Bund beispielsweise schätzt die Zahl der fehlenden Ärzte für das gesamte Bundesgebiet auf 15.000.

### ZEIT AUSGLEICH

Der Gesetzentwurf des Bundes, der voraussichtlich zum 1. Januar 2004 in Kraft treten soll, räumt daher den Tarifvertragsparteien die Möglichkeit ein, die tägliche Arbeitszeit von Ärztinnen und Ärzten zu verlängern. Hierzu sieht er zwei unterschiedliche Wege vor: Die Vertragsparteien einigen sich entweder mit schriftlicher Zustimmung der Beschäftigten ohne Zeitausgleich, unter der Bedingung, dass der Schutz der Gesundheit durch besondere Maßnahmen sichergestellt wird. Oder eine Einigung erfolgt ohne Einwilligung der Beschäftigten, wenn die Arbeitszeit

in einem Zeitraum von bis zu zwölf Monaten auf durchschnittlich 48 Stunden pro Woche ausgeglichen wird.

### KOSTENRAHMEN

Dr. Josef Fischer, Staatssekretär des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, begrüßte in seiner Stellungnahme die Entscheidung des EuGH. Damit werde endlich mehr Klarheit und Rechtssicherheit für die Gestaltung der Arbeitszeit bei Bereitschaftsdiensten geschaffen. Es sei jedoch nun Aufgabe der Tarifvertragsparteien, die vom Bundesgesetzgeber vorgesehenen Möglichkeiten zur Arbeitszeitgestaltung verantwortungsvoll zu nutzen. Konkret heißt das: Überlange Arbeitszeiten von Ärztinnen und Ärzten könnten der Vergangenheit angehören. Zudem könnten Überstunden abgebaut und perspektivisch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Kehrseite der Medaille: Voraussichtlich werden zusätzliche Personalkosten auf die Krankenhäuser zukommen.

Ein Modellversuch an 18 Krankenhäusern, den das Arbeitsministerium zusammen mit dem Gesundheitsministerium durchgeführt hat, habe jedoch gezeigt, dass durch eine intelligente Arbeitszeitgestaltung und einen rationalen Personaleinsatz die Kosten in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden könnten, so Dr. Fischer.

Auch Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) sprach sich dafür aus, die Möglichkeiten

einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung an Krankenhäusern in NRW sinnvoll zu nutzen. Das Arbeitsministerium und ihr Haus stünden heute bereits in engem Dialog mit den Krankenkassen, den kommunalen Arbeitgeberverbänden, der Krankenhausgesellschaft, den kirchlichen Trägerverbänden, den Gewerkschaften und dem Verband der leitenden Krankenhausärzte, um allen die Möglichkeit zu bieten, zu den Umsetzungsmöglichkeiten in NRW Stellung zu nehmen, auch wenn dies „unsäglich schwierig“ sei. Als weiteres Problem nannte sie den ungeheuren Zeitdruck, unter dem hier Ergebnisse vorgelegt werden müssten.

Am 26. November wird es im Ausschuss zu diesem Thema ein öffentliches Expertengespräch geben.

ax

# Tierschutz contra Religionsfreiheit

## Anhörung zum CDU-Antrag zur Änderung der Regeln beim Schächten

*Das Schächten – also das betäubungslose Schlachten von Tieren – wird von einigen als Teil der im Grundgesetz garantierten Religionsfreiheit angesehen. Andere wiederum halten diese Art der Tötung für eine unverantwortliche Qual der Tiere und setzten sich für ein vollständiges Verbot ein. Der am 30. September im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) diskutierte CDU-Antrag (Drs. 13/3448) sieht vor, das Schächten nur dann zuzulassen, wenn wissenschaftlich gesichert ist, „dass dadurch für das betroffene Tier keine größeren Schmerzen (...) verbunden sind als bei vorheriger Betäubung“.*

Eine ganze Reihe von Sachverständigen wurde angehört – hier auf dem Bild Dr. Elhadi Essabah (l.) und Dr. Eisenhart von Loeper (r.).  
Foto: Schälte



Nach Vorstellung der CDU-Fraktion solle sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine entsprechende Ergänzung des Tierschutzgesetzes einsetzen. Zu dem Thema berief der Ausschuss eine Anhörung ein, an der verschiedene Sachverständige teilnahmen. Zu Wort kamen Vertreter von Religionsgemeinschaften, Wissenschaftler, Juristen, Tiermediziner und Tierschützer.

Johann Schwarz vom Zentralrat der Juden NRW vertrat die Meinung, dass ein Tier ohne Betäubung nicht mehr Schmerzen und Stress erleide als mit Betäubung. Das Problem des Gesetzentwurfes der CDU/CSU-Fraktion sei, dass der dort geforderte Nachweis naturwissenschaftlich nicht erbracht werden könne und der Antrag damit einem Schächtverbot gleichkäme. „Das Bundesverfassungsgericht wird das nicht mitmachen“, so Schwarz.

Aiman Mazyek vom Zentralrat der Muslime hält das Schächten für die „humanste“ Art der Schlachtung, denn die „vorherige Betäubung bringt unnötige zusätzliche Qual“ für das Tier. Der islamische Religionswissenschaftler Dr. Elhadi Essabah betonte hingegen, dass das Schächten ohne Betäubung nie in islamischen Quellen angewiesen worden sei. Im Gegenteil: Der Koran verpflichte zu achtvollem Umgang mit Tieren als Teil der Schöpfung. Das Schächten stehe also zu „100 Prozent in Widerspruch mit der Lehre des Islams“.

Dr. Klaus Drawer vom Landestierschutzverband erklärte, dass das Schächten für die Tiere keinesfalls schmerzlos sei. Fluchtversuche und das weite Aufreißen der Augen seien beim

Schächten immer wieder zu beobachten und ein deutliches Zeichen für vorhandene Schmerzen. Auch die Aufstehversuche ließen vermuten, dass das Schächten „wahrscheinlich bei vollem Bewusstsein stattfindet“.

Sybille Haußmann (GRÜNE) wies darauf hin, dass auch in anderen Bereichen der Schutz der Tiere gegenläufigen Interessen – wie der Jagd oder dem Profitstreben – untergeordnet werde. Mit Hinweis auf diese Überlegungen fragte sie Prof. Dr. Janbernd Oebbeke, inwiefern ein Verbot des Schächtens überhaupt mit dem Grundrecht der Religionsfreiheit vereinbar sei. Oebbeke hält ein Verbot des Schächtens für nicht durchsetzbar und plädiert stattdessen für die Festschreibung bestimmter Regeln. Diese sollten auf eine Verbesserung der Bedingungen für die Tiere während des gesamten Ablaufs des Schächtens abzielen. So solle z.B. die „Massenabfertigung“ von Tieren beim Schächten verboten werden.

### ABWÄGUNGSFRAGE

Friedhelm Ortgies (CDU) wies darauf hin, dass in einigen Ländern, wie der Schweiz und Schweden, das betäubungslose Schächten ausnahmslos verboten sei und fragte Schwarz, wie sich jüdische Gläubige in solchen Ländern verhalten würden?

Dieser erklärte, dass in den Gebieten, in denen ein Verbot gilt, das Fleisch importiert werde.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion, Irmgard Schmid, bezeichnete es als Aufgabe der Politik, eine Abwägung zwischen Religionsfreiheit und Tierschutz zu schaffen. Aus diesem Grund stellte sie die Frage, wie das Stressempfinden der Tiere vor und während des Schächtens reduziert werden könne. Der Tierarzt Dr. Martin von Wenzlawowicz antwortete, dass zwar beispielsweise die Ausbildung der Schächter sowie die verwendeten Maschinen Einfluss auf das Wohlergehen der Tiere hätten. Diese Faktoren seien aber in der Praxis schwer kontrollierbar und selbst bei guten Kontrollen könne es zu Problemen kommen, da menschliche Fehler bei der Durchführung des Schächtens nie vollständig zu verhindern seien.

Die Anhörung verdeutlichte die Abwägungen, die politische Entscheidungsträger bei Regelungen zum Schächten zu treffen haben. Das Spannungsfeld zwischen Religionsfreiheit auf der einen und Tierschutz auf der anderen Seite sowie ungeklärte wissenschaftliche Fragen in Bezug auf das Schmerzempfinden von Tieren sind dafür verantwortlich, dass es eine „einfache“ Lösung nicht geben kann.

Die Fraktionen beraten nun untereinander über das weitere Vorgehen in Bezug auf den CDU-Antrag.

sam



*Schönes Wohnen* inmitten einer von Industrie geprägten Stadt und in unmittelbarer Nähe zu einer Hauptstraße. Dass dies möglich ist, zeigen die Entwürfe der Gewinner des Studentenwettbewerbs der LBS und des Bundes Deutscher Baumeister (BDB). Landtagspräsident Ulrich Schmidt, LBS-Vorstandsmitglied Dr. Gerhard Schlangen (Mitte hinten), und BDB-Landesvorsitzender Robert Dorff (Mitte l.) zeichneten die Gewinner am 13. Oktober im Landtag aus.

Das Motto des Wettbewerbs lautete: „Wohnen auf innerstädtischen Brachflächen – Rückgewinnung von Stadt.“ Aufgabe der Architekturstudenten war es, eine knapp 5000 Quadratmeter große Brachfläche im Herzen der Stadt Wesseling bei Bonn durch eine Wohnbebauung zu neuem Leben zu erwecken. Besonders überzeugt hat die elfköpfige Jury unter Vorsitz von Dr. Hans-Dieter Krupinski, Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, die 28-jährige Stefanie Jägering (Mitte vorne, mit Modell ihres Entwurfes). Es ist ihr gelungen, „trotz des schwierigen Standorts einen beachtlichen Lage- und Wohnwert“ zu schaffen, so die Jury. Damit setzte sich Jägering gegen 50 weitere eingereichte Arbeiten durch. Den zweiten Preis erhielten Lars Junold (vorne l.) und Jan Cerning (hinten l.). Den dritten Preis sprachen die Experten einer Gemeinschaftsarbeit von Tina Bohle (vorne r.), Kerstin Jolk (hinten r.) und Marc Masseeck (Mitte r.) zu. Die Preisträger der ersten drei Plätze studieren alle an der FH Münster. Das Gesamtpreisgeld betrug 7000 Euro.

Foto: Schälte

## Verkauf der Landesanteile?

### Städtebauausschuss diskutierte über Fragen zur Landesentwicklungsgesellschaft

*Fragen der CDU-Fraktion zur Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) standen auf der Tagesordnung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen am 8. Oktober. Unter Vorsitz von Wolfgang Röken (SPD) ging es dabei um die Frage des Verkaufs von Landesanteilen und um Veränderungen in der Geschäftsführung.*

Zum Thema des Verkaufs des Landesanteils an der LEG stellte ein Vertreter des Finanzministeriums fest, dass es einen neuen Beschluss des Kabinetts gebe, wonach nach dem Ausstieg der Landesbank nach weiteren Möglichkeiten gesucht werde, den Verkauf unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Belange der Mieter in einem wettbewerblichen Verfahren zu betreiben. CDU-Sprecher Bernd Schulte kritisierte das bisherige Vorgehen und sprach von einer offenbaren „Luftbuchung“. Dem widersprach Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und bat darum, mit dem sehr sensiblen Thema entsprechend umzugehen. Bei den sich anschließenden Diskussionsbeiträgen ging es vor allem um den zentralen Versorgungsauftrag der LEG, die sozialverträgliche Gestaltung von Verkaufsvor-

gängen und den vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung NRW vorgeschlagenen Ehrenkodex bei Verkäufen von Mietwohnungen.

Weiter befassten sich die Ausschussmitglieder mit der Novelle des Baukammergesetzes (Drs. 13/3532) und dem von der CDU-Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Baugesetzbuches und zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches in NRW (Drs. 13/4347) zu Baugenehmigungen im Außenbereich.

Beide Gesetzentwürfe sollen, wie Vorsitzender Röken feststellte, am 26. November abschließend beraten werden. Dabei kündigten Sprecher der Koalitionsfraktionen noch eine Resolution zum Thema Bauen im Außenbereich an.

**Harald Holler**

## FCL feiert Sieg in Schwelm

Landrat und FCL-Mitglied Arnim Brux hatte das Spiel des FCL gegen die Kreisauswahl des Ennepe-Ruhr-Kreises arrangiert und ließ es sich nicht nehmen, für beide Teams aufzulaufen. In der zweiten Halbzeit zog der feine Techniker die Fäden im Trikot des FCL, und in der dritten Halbzeit hatte er zum Wohle beider Mannschaften für Speis und Trank im Gärkeller der Brauerei Schwelm gesorgt. Auch das eine gute Tat, die alle Spieler und auch Schiedsrichter Norbert Dickel, früher Profi bei Borussia Dortmund, in vollen Zügen genießen konnten.

Der FCL startete schwingvoll auf der Sportanlage des VfB Schwelm. Beim FCL bildeten Bernhard Tenhumberg, Dietmar Brockes, Bernd Heimfarth und Wolfgang Euteneuer ein starkes Abwehrbollwerk. Christof Rasche war das in Abwehr und Spielaufbau gleichermaßen effektive Scharnier. Und im Sturm zog Günter Langen wie gewohnt seine Bahnen – eine ständige Gefahr für das gegnerische Tor.

In der zweiten Hälfte fielen dann auch die bis dahin vermissten Tore. Die Kreisauswahl war jetzt aggressiver, setzte den FCL gehörig unter Druck, spielte dessen Abwehr aus und vollendete den schönen Spielzug mit einem spektakulären Flugkopfball. Nach einiger Zeit berappelte sich der FCL. Beide Male ging eine Zick-Zack-Kombination voraus und von halblinks zog zunächst Jan Tenhumberg und dann Jürgen Cosse erfolgreich flach ins lange Eck ab. Nun war wieder die Kreisauswahl am Drücker und setzte sich in der Hälfte des FCL fest. Ein ins Tor gewuchteter Elfer bedeutete den Ausgleich. Und kurz vor Spielende machte Dirk Schüttrumpf, diesmal Sturm- spitze des FCL, alles klar: 4 : 2 für den FC Landtag NRW.

In einem Expertengespräch des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform unter Leitung des Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) kamen Sachverständige aus den Bereichen Datenschutz, Justiz, Polizei, Wirtschaft sowie Rechtswissenschaft und Kommunalverwaltung zu Wort. Gegenstand war der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion „zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption und zur Änderung des nordrhein-westfälischen Beamtengesetzes“ (Drs. 13/3528).

### Kampf gegen die Korruption:

## Länder-Zentralregister als Vorbild für Bund und Europa?

Nach Aussage von Professor Martin Beckmann (Uni Münster) reicht die Erlasslage nicht, um tief in die kommunale Selbstverwaltung und in Privatunternehmen einzugreifen. Mit der zwingend notwendigen gesetzlichen Regelung werden auch die kommunalen und sonstigen Verwaltungen, so Oberstaatsanwalt Wolfgang J. Schaupensteiner von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main, verpflichtet, dem Gedanken der notwendigen Korruptionsbekämpfung näher zu treten, präventive Maßnahmen umzusetzen und eine ständige Kontrolle auszuüben.

Die Vertreterin der kommunalen Spitzenverbände, Birgitt Collisi (Städtetag NRW), sagte, der Gesetzentwurf werde von den Verbänden nicht nur aus finanziellen Gründen abgelehnt. Das Augenmerk dürfe nicht bloß auf den Bereich der Vergaben gerichtet, sondern die notwendigen Strategien müssten auch auf andere Ämter ausgedehnt werden. Bedenklich sei auch der Eingriff in die Organisationshoheit und Unabhängigkeit der Kommunalverwaltung. Um Kompetenz und Qualität der Rechnungsprüfungsämter zu sichern, fehlten finanzielle Mittel zur Verstärkung der Fortbildung. Problematisch sei auch der wünschenswerte Gedankenaustausch mit Staatsanwaltschaft und Polizei.

Schaupensteiner würde eine Zentralisierung ohne Schaffung einer Mammutbehörde begrü-

ßen. Daneben könnte er sich ein Bundesregister – besser noch eine EU-weite Regelung – vorstellen, denn die erforderliche präventive Arbeit könne nicht allein von kommunalen Stellen geleistet werden. Auch Professor Helmut Siekmann (Universität Bochum) stellte sich die Schaffung einer verdachtsunabhängigen Zentralbehörde vor, deren Aufgabe es sei, in allen Bereichen der Verwaltung ohne besonderen Anlass zu prüfen und bei hinreichendem Verdacht auf Korruption die zuständigen Stellen zu informieren.

#### GESETZLICHE REGELUNG

Auf das Erfordernis einer landesgesetzlichen Regelung ging auch Norbert Wagner vom Landeskriminalamt NRW ein. Die bestehende Erlasslage zur Korruptionsbekämpfung sei für die Kommunen nicht verbindlich. Im Bereich Private Public Partnership sah er einen „Dschungel“, in dem die Verantwortlichkeiten der handelnden Akteure nicht immer klar geregelt seien und oftmals mit den Begriffen des Strafgesetzbuchs nicht übereinstimmen.

Dem Hinweis von Oberstaatsanwalt Arno Neukirchen auf die dienst- und besoldungsrechtliche Abhängigkeit der Kontrolleure im kommunalen Bereich von ihren Dienstherrn fügte Rolf Jaeger (Bund Deutscher Kriminal-

beamter) hinzu, wenn sich der Gesetzgeber für ein unabhängiges Controlling entscheide, habe dies Wirkung auf die Kommunen hinsichtlich der Anzeigepflichten und auf die Entscheidungsträger, für die das Gesetz auch eine Schutzfunktion gegenüber ihren Vertragspartnern aus der Wirtschaft bedeute.

Die Anonymität der Hinweisgeber muss nach Auffassung von Dr. Thilo Weichert (Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein) gesetzlich garantiert werden. Es sei sinnvoll, nachdem auf Bundesebene ein entsprechender Vorschlag zur Schaffung eines Zentralregisters soeben gescheitert sei, wenn der Bund vor einer neuen Initiative auf die Erfahrungen einiger Bundesländer zurückgreifen könne. Vor einer Kronzeugenregelung warnte Helmut Leithäuser, Richter am Landgericht Wuppertal: Sie sei bedenklich und nicht erforderlich. Auch die Einrichtung eines Zentralregisters verspreche nicht den erhofften Erfolg, jedenfalls nicht in der hier vorgeschlagenen Form.

Hingegen würde Dr. Justus Woydt (Transparency International) ein solches Register, schon wegen seiner präventiven Wirkung, sehr begrüßen. Ein hinreichend dokumentierter Tatverdacht müsse ausreichen, Firmen vom Wettbewerb auszuschließen. Ein solcher Abschluss müsse dann auch in einem Register dokumentiert werden. Eine Antikorruptionsstelle sollte nach Auffassung der Kriminologin Professor Bannenberg neben einer wirksamen Kontroll- auch eine Beratungsfunktion haben. So schlug auch Oberstaatsanwalt Schaupensteiner vor, eine Beratungspflicht vorzuschreiben. Die Zentralstelle müsse Ansprechpartner für Bürger und Bürgerinnen, private Unternehmen und Verwaltungsdienststellen, ein zu favorisierendes Bundesregister könne Muster für eine EU weite Regelung sein. **Wolfgang Fröhlecke**

**Sichtbare Fortschritte** macht die von Landtagspräsident Ulrich Schmidt vorangetriebene Umgestaltung der Eingangshalle des Landtags zur Bürgerhalle: Inzwischen sind der Tresen der alten Infothek und die Garderobe demontiert worden, um Platz zu machen für eine moderne Begegnungsstätte der Bürgerinnen und Bürger des Landes mit ihren Abgeordneten. An dieser Stelle wird nach Fertigstellung Anfang kommenden Jahres den Besucherinnen und Besuchern ein multimediales Kommunikationszentrum mit Landtags-Shop und Espresso-Bar zur Verfügung stehen. Weitere Änderungen sollen dafür sorgen, dass die funktionalen Abläufe für die zahlreichen Besuchergruppen erheblich optimiert werden können. – Auf dem Bild erläutern Rolf Lenk (L.), Referatsleiter Gebäudemanagement in der Landtagsverwaltung, und Anita Drensek (r.), Leiterin des Bereichs Bauunterhaltung und Gebäudetechnik, Stand und Fortschritt der Bauarbeiten. Foto: Schälte



## Daseinsvorsorge als nationale Aufgabe

### Europa-Ausschuss diskutierte mit Wohlfahrtsverbänden

*Das soziale Europa gestalten – so lautete ein Thema, das im Europa-Ausschuss am 8. Oktober unter Vorsitz von Ute Koczy (GRÜNE) mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände diskutiert wurde.*

Der Arbeitsausschuss „Europa“ der Freien Wohlfahrtspflege NRW (AWO, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, jüdische Kultusgemeinde) sprach sich für Strategien aus, um auch nach 2006 Unterstützungsleistungen der EU zu erhalten: „Nur mit einer starken gemeinsamen Position können wir uns durchsetzen. Wir brauchen einen verlässlichen finanziellen Rahmen, so dass man sich nicht alle drei bis vier Jahre mit einer neuen Situation konfrontiert sieht“, so ein Vertreter der Wohlfahrtspflege. Auch wenn gerade im sozialen Bereich viele Aufgaben durch ehrenamtliche Helfer übernommen werden (etwa im Wert von 20 Milliarden Euro in Deutschland pro Jahr), so spielten die finanziellen Zuwendungen aus Brüssel doch eine wichtige Rolle.

#### ÜBERREGLEMENTIERUNG

Beim Bereich der Daseinsvorsorge (soziale Fürsorge, Bildung, Infrastrukturleistungen wie Müllabfuhr und Wasserversorgung) warnte Europaminister Wolfram Kuschke (SPD) deutlich vor einer drohenden Überreglementierung von Seiten der EU. „Die Nationalstaaten brauchen weiterhin Gestaltungs-

spielraum“, war der Minister überzeugt. Dies sei vor allem für Deutschland maßgeblich, da hier dieser Bereich größtenteils in kommunaler Selbstverwaltung organisiert werde.

„Der Wettbewerb ist doch bereits da“, warf der Vorsitzende des Arbeitsausschusses „Europa“ der Wohlfahrtsverbände Dr. Reinhard Witschke ein. Diesem stelle man sich auch, allerdings sei es in bestimmten Bereichen unwahrscheinlich, dass sich private Anbieter finden würden, so zum Beispiel bei der Gefangenenfürsorge.

2006 endet die laufende Förderperiode der EU-Strukturfonds für weniger stark entwickelte Regionen Europas. Mit knapp zwei Milliarden Euro zwischen 2000 und 2006 profitiert auch NRW davon. Deshalb wird jetzt über die Neugestaltung nach 2006 diskutiert, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung im nächsten Jahr. Allerdings konnten sich die Fraktionen nicht auf einen gemeinsamen Standpunkt zur Zukunft der Strukturförderung verständigen.

Anlässlich eines gemeinsamen Entschließungsantrages aller Fraktionen legte Minister Kuschke dann einen Bericht zum Thema „Euregios“ vor. Diese Arbeitsgemeinschaften über Grenzen hinweg haben in NRW eine lange Tradition. Bereits 1958 kooperierte man in der niederländisch-deutschen Grenzregion um Gronau und war somit Vorbild für die

vielen weiteren Euregios, die danach auch in anderen Teilen Europas folgten. Die Vernetzung von Akteuren (in einigen Gegenden NRWs auch noch mit Belgien) auf beiden Seiten der Grenze erstreckt sich inzwischen auf viele Bereiche, und ist ein wichtiger Beitrag für die europäische Integration.

Minister Kuschke wies jedoch auch auf Problemfelder hin: im Arbeitsmarkt, da beispielsweise ein deutscher Arbeitnehmer, der in den Niederlanden arbeitet – und also auch dort steuerpflichtig ist – keinen Anspruch auf eine durch den deutschen Staat geförderte Zusatzrente hat („Riester-Rente“). Hier seien Bund und EU gefragt. Ebenso bei Behinderungen in der Zusammenarbeit der Industrie- und Handelskammern in den Grenzregionen, wo es noch nicht genutztes Potential gebe.

#### GRENZÜBERSCHREITEND

Trotz einiger Schwierigkeiten war man in den betroffenen Regionen doch in der Lage, pragmatische Lösungsmöglichkeiten zu finden, etwa bei der Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und beim grenzüberschreitenden Einsatz von Rettungshubschraubern (seit dem 1. Oktober 2003). Um diesen Prozess noch weiter voran zu treiben, plant die Landesregierung NRW ein Treffen von europäischen Grenzregionen, um nach dem Modell von „Best Practice“ Erfahrungen auszutauschen. Am 14. November werden dann zum ersten Treffen dieser Art Vertreter aus 28 europäischen Grenzregionen in der Düsseldorfer Staatskanzlei erwartet.

*Kurs nach Europa hat das Handwerk eingeschlagen.* Das stellte der vierte Europatag des NRW-Handwerks unter Beweis, der vor kurzem im Landtag stattgefunden hat. Vizepräsident Jan Söffing (l.) begrüßte dazu neben Vertretern der EU-Beitrittsländer Franz-Josef Knieps (r.), den Vorsitzenden des Westdeutschen Handwerkskammertages und Präsidenten der Handwerkskammer Köln. Söffing stellte die Chancen heraus, die der erweiterte europäische Raum der Wirtschaft und dem Handwerk bietet. Das Handwerk im Land NRW nehme die Herausforderung eines einheitlichen Binnenmarkts von nahezu einer halben Milliarde Menschen an.

Foto: Schälte





Ein großes Lob sprach Landtagspräsident Ulrich Schmidt (vorne M.) der Stadt Duisburg für ihr vorbildliches Engagement bei der Pflege von internationalen Beziehungen aus. Duisburg unterhält seit Jahrzehnten Partnerschaften mitunter zu den Städten Portsmouth, Calais, Wuhan und Vilnius. Bei dem Empfang der Delegationen im Landtagsgebäude sagte der Präsident: „Kommunale Partnerschaften erweisen sich als ideale Lernfelder für die Gestaltung gemeinsamer Zukunft und bergen ein enormes Potential im Sinne der Völkerverständigung.“ Begleitet wurden die offiziellen Vertreter der Partnerstädte von dem Landtagsabgeordneten Rainer Bischoff (SPD, hinten M.) und der Duisburger Ratsfrau Angelika Wagner.  
Foto: Schälte

Die vom Land subventionierten Theater – besonders die freien Theater und die Landes Bühnen – stehen am Ende jedes Jahres vor dem gleichen Dilemma: Das so genannte

Landesregierung an die Theater beläuft sich auf 28.578.000 Euro.

In der Diskussion wies Gisela Walsken (SPD) auf die fachliche Richtigkeit des Anliegens hin, erklärte Mehrjahresverträge aber aus finanzwirtschaftlichen Gründen für problematisch. Der Doppelhaushalt biete bereits eine Planungssicherheit bis 2005, ginge man jedoch darüber hinaus, wäre jede Chance einer Veränderung genommen. Darüber hinaus sei das Anliegen der Theater kein Einzelwunsch: „Andere Institutionen fordern das Gleiche“, so Walsken. Zudem stünde der Antrag der CDU dem Budgetierungskonzept des Zero Base Budgeting (ZBB) entgegen, worauf man sich in den Fraktionen verständigt habe. Hierbei handelt es sich um eine Budgetierung, wonach für das neue Haushaltsjahr jeder Zuschuss neu gerechtfertigt werden muss – grundsätzlich also nicht von einer weiteren Bewilligung der Subventionen ausgegangen werden kann.

stellte Oliver Keymis (GRÜNE) fest und gab den Grundtenor der Diskussion wieder: „Wäre die Mittellage des Landes nicht so schlecht, könnte man Modellversuchen aufgeschlossener gegenüberstehen.“ „Es war nur ein Appell!“, so abschließend Manfred Palmen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde im Ausschuss abgelehnt. Die Abstimmung im federführenden Kulturausschuss steht noch an. *kw*

## „Alles eine Frage des Geldes“

### Haushalts- und Finanzausschuss debattiert über Theater in NRW

Den Theatern in NRW effizienteres Wirtschaften ermöglichen – das fordert die CDU-Landtagsfraktion in ihrem Antrag (Drs. 13/3284). Mehrjahresverträge bzw. mehrjährige Projektförderungen sollen die Lösung bringen, so die Idee der Union. Diskutiert wurde der Antrag in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 9. Oktober unter Vorsitz von Volkmar Klein (CDU).

„Dezemberfieber“ bricht aus – die Zuschüsse vom Land müssen ausgegeben werden, sonst fließen sie in die Landeskasse zurück. Um das zu verhindern, werden nicht selten auch Projekte ins Leben gerufen, die zweifelhaft sind. Letztlich gilt: Diese Gelder zu sparen und in mögliche Großprojekte zu investieren, entspräche grundsätzlich einem effizienteren Wirtschaften der Theater. Die diesjährige Fördersumme der

#### ÜBERLEGUNGEN

„Wenigstens einen Modellversuch für 2004/2005 wagen“, schlug Manfred Palmen (CDU) vor. In diesem Sinne begrüßte er eine Konzeptionsförderung einzelner ausgewählter Theaterprojekte. Ein Zugeständnis des Landes in diese Richtung würde den Theatern eine mittelfristige Finanzplanung ermöglichen. „Ich wüsste nicht, was dagegen spräche“, bilanzierte Angela Freimuth (FDP) und begrüßte den Antrag als richtigen Weg aus dem „ewigen Dilemma“ der Theater.

Edith Müller (GRÜNE) zeigte Interesse daran, den Gedanken des Programm- und Projekthaushalts im Grundsatz zu diskutieren. Sie nannte Bezuschussungsmodelle einzelner Kommunen als interessante Orientierungshilfen. „Alles eine Frage des Geldes“,

## Anhörung zu Veränderungen im öffentlichen Dienst

In der Oktober-Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses verständigten sich alle Fraktionen auf ein Gespräch mit Vertretern des deutschen Beamtenbundes, des deutschen Gewerkschaftsbundes und eines Vertreters der Bull-Kommission. Gefordert hatte dies die Fraktion der FDP in Zusammenhang mit deren Antrag „Keine Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst“ (Drs. 13/4328). Dieser Antrag wendet sich gegen ein einseitiges Vorziehen der Kürzungen des Weihnachts- und Urlaubsgeldes bei den beamteten Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes. In der Diskussion unterstrichen alle Fraktionen die Wichtigkeit des Themas und die Notwendigkeit des kommunikativen Austausches. Die Anhörung war für den 6. November anberaumt (siehe S. 3). In Kraft treten soll das „Gesetz über die Gewährung einer Sonderzahlung und über die Bezüge der Staatssekretäre und entsprechender Versorgungsempfänger in den Jahren 2003 und 2004 für das Land Nordrhein-Westfalen“ am 30. November.

# +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Zur 9. Weiterbildungskonferenz am 19. November, ab 10.00 Uhr im Plenarsaal, hat der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) 54 Bildungseinrichtungen aus NRW eingeladen, außerdem die Schul- und die Sozialministerinnen und den Wirtschaftsminister. Nach dem Einführungsreferat des Direktors des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (Bonn) Professor Dr. Klaus Meisel erhalten die Bildungswerke das Wort zur aktuellen Situation angesichts der Haushaltsentwürfe für 2004/2005.

+++

Der nächste auswärtige Sprechtag des **Petitionsausschusses** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) findet am 19. November im Historischen Rathaus in Paderborn statt. Anmeldungen erbeten unter Tel. 0211/884-4333.

+++

Im **Kommunalausschuss** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) nehmen am 26. November die Spitzenverbände und die Landwirtschaftsverbände zum Haushaltsentwurf 2004/2005 Stellung.

+++

Die Arbeitszeit der Ärzte ist Thema eines öffentlichen Expertengesprächs des **Sozialausschusses** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) am 26. November, Beginn 13.30 Uhr. Auswirkungen der EU-Rechtsverordnung sowie Kostenfolgen werden von Verbänden auch auf die Jugend- und Altenhilfe sowie die Feuerwehr befürchtet.

+++

„Wo vier Russen zusammenstehen, hat man drei Handlanger und einen Boss.“ Dieses Resümee enthält unter anderem das Kapitel „Russlanddeutsche im Vollzug“ des Lageberichts „Organisierte Kriminalität“, den der Justizminister dem **Innenausschuss** am 3. November übermittelte (Vorlage 13/2378).

+++

Der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) befasste sich anlässlich der rail#tec 2003 am 10. November in Dortmund mit verkehrstechnischen Folgen der EU-Erweiterung und notwendigen grenzüberschreitenden Verkehrsplanungen, insbesondere

zwischen dem „Transitland NRW“ und dem „Distributionsland“ Niederlande.

+++

Zwischen dem abendlichen Zuschuss und dem morgendlichen Öffnen einer Zelle für die Essensausgabe habe im Aachener Strafvollzug der Verlust eines Gefangenen stattgefunden. Das teilte Justizminister Wolfgang Gerhards im **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) mit. Wegen fehlender Spuren werde Fluchthilfe durch Bedienstete vermutet.

+++

Ausnahmsweise dürfen Jäger in NRW Rabenkrähen abschießen, und zwar vom 1. August bis zum 20. Februar. Das teilte Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) der Vorsitzenden des **Landwirtschaftsausschusses** Marie-Luise Fasse, (CDU) am 23. Oktober mit. Außerdem dürfen „ohne behördliche Genehmigung“ Vogelscheuchen aufgestellt und Knallapparate eingesetzt werden. Die



Vorsitzende hatte auf Tötungsverbot und Artenschutz für Raben und Tauben einerseits und hohe Fraßschäden in der Landwirtschaft andererseits hingewiesen (Drs. 13/4519).

+++

Zur Übertragung der Kfz-Zulassung auf den TÜV (FDP-Antrag Drs. 13/4130) beschloss der **Innenausschuss** am 6. November, ein Sachverständigengespräch durchzuführen. Öffentlich sollen Sachverständige auch zum FDP-Antrag „Polizei neu aufstellen“ (Drs. 13/4399) angehört werden.

+++

Die wichtigsten Autobahn- und Bahnverbindungen in NRW werden bis 2015 so ausgebaut, dass sie dem Verkehrsaufkommen nach der Osterweiterung gerecht werden. Das teilte das Verkehrsministerium dem **Europa-Ausschuss** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) am 8. Oktober mit (EU-Vorlage 13/304). Das Land habe in Berlin

erfolgreich für den „vordringlichen Bedarf“ beim Bundesverkehrswegeplan und in Brüssel für die transeuropäischen Netze geworben, wofür die EU-Kommission bis 2020 220 Milliarden Euro investieren wolle. Zu den vorrangigen Vorhaben gehören dabei auch die Güterschienenstrecken Eiserner Rhein und Betuwe-Linie.

+++

Zwei neue Ausbildungsberufe soll es in NRW geben: „Fachkraft für Straßen- und Verkehrstechnik“ und „Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen“. Das sieht eine Änderung der Berufsbildungsverordnung vor, die die Staatskanzlei dem **Innen- und dem Arbeitsausschuss** übersandte.

+++

Auch im Jahr 2004 wird es im Landesdienst bei der Quote von fünf Prozent für die Beschäftigung von Schwerbehinderten bleiben. Das teilte der Innenminister dem **Sozialausschuss** am 24. Oktober mit.

+++

Ab 2008 soll in NRW erstmals ein „Produktionshaushalt“ gefahren werden, kündigte der NRW-Beauftragte für die Reform des öffentlichen Dienstes Wolfgang Riote im **Unterausschuss Personal** (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) am 14. Oktober an.

+++

Sportangebote bei der Offenen Ganztagschule im Primarbereich ausbauen möchten SPD und GRÜNE. Ihren Fünf-Punkte-Antrag (Drs. 13/3635) nahm der **Sportausschuss** (Vorsitz Gisela Hinnemann, CDU) am 3. November gegen die Stimmen der Opposition an. CDU und FDP kritisierten die Verschiebung einer Pflichtaufgabe des Landes auf Vereine und Organisationen.

+++

Einen Sachstandsbericht zum Landesprogramm „Talentsuche und Talentförderung“ legte das Sportministerium dem **Sportausschuss** am 3. November vor. Das Netzwerk der drei NRW-Olympiastützpunkte sei bundesweit beispielhaft, heißt es darin unter anderem. Im Verbund Schule und Leistungssport gebe es in NRW fünf Eliteschulen, sieben sportbetonte Schulen und 27 Partnerschulen des Leistungssports, wurde außerdem mitgeteilt. Beispielfähig seien auch das Internet-Angebot „Abi-Online“ für Abiturienten und Rektoratsbeauftragte für Spitzensportler an den Hochschulen.

## Fraktion der Grünen tagte im zukünftigen Nationalpark Eifel

### Frage nach Nutzung der ehemaligen NS-Ordensburg noch ungeklärt

Zwei Tage beriet die GRÜNE-Landtagsfraktion auf ihrer Herbstklausur in Schleiden-Gemünd in der Eifel: Themenschwerpunkt war der erste geplante Nationalpark in NRW samt Nutzung der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang. Auf einer kleinen Rundreise zeigten sich die Abgeordneten beeindruckt von der Schönheit der Landschaft und der Natur.



Gute Laune trotz regnerischen Wetters – die GRÜNE-Fraktion bei ihrer Klausur in der Eifel.

Zweck dieser Reise ist es auch, die beiden Gäste der Fraktion, die Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Simone Probst und den Parlamentarischen Geschäftsführer der GRÜNE-Bundestagsfraktion Volker Beck, von der Wichtigkeit des Eifeler Nationalpark-Projekts zu überzeugen“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen, der die Gruppe sachkundig führte. Die beiden Berliner haben sich allerdings schon früher für das Projekt eingesetzt: Auf ihre Initiative hin wurde das Bundesnaturschutzgesetz dahingehend novelliert, dass ein Ziel-Nationalpark umgesetzt werden kann.

Der zukünftige Nationalpark Eifel soll ein Gebiet von rund 11.000 Hektar umfassen. In der Bundesrepublik gibt es bisher 13 Nationalparks, die eine Gesamtfläche von zwei Prozent des Landes abdecken. Davon nehmen allerdings 1,5 Prozent die großen Nationalparks an der Küste ein, so dass auf die restlichen im Binnenland lediglich 0,5 Prozent der Fläche entfallen.

Bereits jetzt sind rund 50 Prozent der Fläche als Naturschutzgebiete ausgewiesen. Insgesamt sind in den geplanten Bereichen 82 auf der Roten Liste stehende Pflanzenarten und 30 Tierarten bekannt, u.a. der Mittelspecht, Rot- und Schwarzmilan, die Wildkatze und der Uhu als Brutvogel. Von der Waldvegetation ist es eine typische Buchenwaldzone, so dass auch längerfristig dort ein Buchen-Urwald entstehen wird.

#### STIFTUNGSGEDANKE

Die gesamte Fläche wird bald im Besitz der öffentlichen Hand, des Bundes und des Landes NRW sein. Rund 4.100 Hektar dieser Fläche umfassen den zurzeit von den belgischen Streitkräften genutzten Truppenübungsplatz Vogelsang. Die belgische Regierung hat angekündigt, dass sie ihre Truppen aus diesem und anderen Bereichen in 2005 abziehen wird.

Ein schwieriges noch zu lösendes Problem ist die Nachfolgenutzung der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang, die zentral im zukünftigen Nationalpark liegt, in Teilen unter Denkmalschutz steht und zurzeit noch vom belgischen Militär genutzt wird. Minister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) schlug vor, den Nationalpark in eine Stiftung übergehen zu lassen, an der neben dem Bund, dem Land und den Kommunen auch Privatleute beteiligt werden sollen. „Eine kommerzielle Nutzung der ehemaligen NS-Ordensburg schließe ich auf jeden Fall aus. An dieser Stelle dürfen keine Hotels entstehen“, so der Minister.

Jetzt muss Berlin die notwendige Unterstützung des Bundes für den Umbau dieser im Bundesbesitz befindlichen Liegenschaft zusichern.

## Jostmeier begrüßt angehende Diplomaten im Landtag

19 Teilnehmer des 23. Ausbildungslehrganges des Auswärtigen Amtes für junge Diplomaten aus Mittel- und Osteuropa, Transkaukasien, Zentral- und Ostasien waren am 22. September 2003 zu Gast im nordrhein-westfälischen Landtag. Der CDU-Abgeordnete Werner Jostmeier, Sprecher seiner Fraktion im Hauptausschuss des Landtags, freute sich sehr, die Jungdiplomaten aus 19 Staaten gemeinsam mit ihrem Ausbildungsleiter, Dr. Axel Gutmann (Auswärtiges Amt), im Düsseldorfer Landtag begrüßen zu können. Zahlreiche Staaten Mittel- und Osteuropas hatten das Auswärtige Amt gebeten, sie beim Aufbau oder der Reform ihres auswärtigen Dienstes zu unterstützen. Das auswärtige Amt hat diese Bitte aufgegriffen und als Ausdruck partnerschaftlicher Verbundenheit ein Ausbildungsprogramm entwickelt. Der erste Lehrgang fand 1992 statt; seitdem haben über 500 junge Diplomaten an dem Programm teilgenommen. Inzwischen sind die Außenministerien von 29 mittel- und osteuropäischen, transkaukasischen, zentral- und ostasiatischen Staaten in das Programm einbezogen. Pro Jahr werden zwei Lehrgänge mit etwa 20 Teilnehmern durchgeführt. Seit 1997 wird der Frühjahrskurs als „Europa-Kurs“ nur für Nachwuchsdipomaten aus mittel- und osteuropäischen Staaten mit Schwerpunktsetzung auf europapolitische Themen angeboten. Neben Fahrten zu EU-Institutionen und der Nato stand auch der Besuch des NRW-Parlaments ganz oben auf der Liste.

Im Bild: Werner Jostmeier (CDU, vorne M.) und Dr. Axel Gutmann (2. Reihe v. oben, 3. v. r.) mit den jungen Diplomaten.



SPD

### SPD: Fraktion fordert Bündnis für Pflege

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Horst Vöge, hat auf einer Fachtagung der SPD im Landtag ein „Bündnis für die Pflege“ gefordert. Nur im Dialog aller an der Pflege beteiligten Verbände, Organisationen und Professionen sei es möglich, die großen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen.

Kritisiert wurde bei der Fachtagung der SPD die unzureichende Berücksichtigung privater Pflegedienste im Rahmen der Ausbildung. Hier gebe es an vielen Orten Kooperationsprobleme zwischen den Ausbildungsträgern und den Altenpflegeseminaren. Ein weiteres wichtiges Thema waren die Curricula der Altenpflegeausbildung. Neben der Umsetzung des Bundesaltenpflegegesetzes müssten die Lerninhalte rechtzeitig auf absehbare Veränderungen in den Qualifikationsanforderungen reagieren. Es gehe darum, inhaltlich hochwertige Ausbildung zu gewährleisten und gleichzeitig auch Umschülern oder Frauen nach einer längeren Familienphase den Einstieg in die Altenpflege zu ermöglichen.



Die SPD-Fraktion begrüßte die Ankündigung von Gesundheitsministerin Birgit Fischer, im Rahmen des Doppelhaushaltes 2004/2005 eine Landesförderung für 1.200 zusätzliche Ausbildungsplätze bereit zu stellen. Dass sei ein wesentlicher Beitrag zu einer auch in Zukunft qualitativ hochwertigen Pflege in Nordrhein-Westfalen.

CDU

### CDU legt Masterplan für NRW vor

Ein Masterplan für einen politisch-kulturellen Wandel in NRW hat die CDU-Landtagsfraktion bei ihrer Klausurtagung auf dem Petersberg bei Bonn Anfang November verabschiedet.

Die alte Politik der SPD, geprägt von Beharrung, Umverteilung und Regulierung, habe nach fast 40 Jahren Regierungszeit keine Antworten mehr auf die Fragen nach dem Platz von NRW in Deutschland und Europa, nach dem Weg zu neuem Wohlstand und Wissen. „Der rot-grünen Landesregierung fehlt ein Konzept für die Zukunft“, stellte Fraktionschef Jürgen Rüttgers bei der Klausur fest: „Nordrhein-Westfalen braucht einen Wechsel der politischen Kultur. Die CDU will diesen Wechsel. Wir wollen und können die Kräfte freisetzen, die das Land hat und die es für Wohlstand und Sicherheit in einer veränderten Wirklichkeit auch braucht.“

Rüttgers nannte fünf Ziele, die er im nächsten Jahrzehnt erreichen will: Wachstum und Beschäftigung, das beste Bildungs- und Wissenschaftssystem Deutschlands, Freiheit statt Bürokratie, ein sicheres Nordrhein-Westfalen, das zum Land der Kinder wird. Zu jedem dieser fünf Ziele hat die CDU-Landtagsfraktion einen konkreten und detaillierten Maßnahmen-Katalog verabschiedet. Dazu zählen die Verkürzung von Ausbildungszeiten, kleinere Lerneinheiten, die Abschaffung der Regierungsbezirke, eine „Null-Toleranz-Politik“ im Umgang mit jugendlichen Straftätern oder ein exzellentes Betreuungs- und Fördersystem für Kinder.

FDP

### FDP reduziert Einfluss der Parteien im WDR-Rundfunkrat

Die Parteien, so eine häufige Klage, benutzen die Rundfunkräte, um ihren Einfluss auf öffentlich-rechtliche TV- und Hörfunksender auszudehnen. Die Landtags-FDP hat diesen Vorwurf jetzt praktisch widerlegt. Für das von ihr zu besetzende Mandat im WDR-Rundfunkrat nominierte sie eine Parteilose, die Dortmunder Professorin Erika Bock-Rosenthal. „In 16 Jahren Mitgliedschaft in der Landesmedienkommission als Vertreterin der Hochschulen und Fachhochschulen hat sie ihre fachliche Kompetenz bewiesen“, begründete Stefan Grüll, der medienpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, die Nominierung. Die Liberalen demonstrierten mit dieser Personalie, dass sie es ernst meinten mit ihrem Anspruch, den Parteieneinfluss bei den öffentlich-rechtlichen



Rundfunkanstalten zurückzudrängen. „Nicht nur in der Gebührenfrage kann die nordrhein-westfälische FDP somit unbefangener gegen eine Erhöhung kämpfen, als das den politischen Kräften möglich sein dürfte, die auch diesmal wieder etliche Parteifunktionäre in den Rundfunkrat entsenden“, betonte der liberale Medienexperte. „Es ist unser Ziel, im WDR-Rundfunkrat das Gewicht der Unabhängigen deutlich zu stärken. Die FDP geht hier mit gutem Beispiel voran.“

GRÜNE

### Gewalt in der Schule – Grüne suchen Ursachen

Wie kommt es, dass junge Menschen Gewalt anwenden? Nicht zuletzt der schreckliche Amoklauf an einem Erfurter Gymnasium im April 2002 und die zunehmende Behandlung des Themas in den Medien veranlasste die Grüne Landtagsfraktion zu einer Veranstaltung, die sich mit den Gründen für schulische Gewalt beschäftigte. Sylvia Löhrmann, Fraktionsvorsitzende, betont, dass man in erster Linie nach praktischen Lösungen suchen muss, um im Schulalltag Gewalt zu verhindern. SchülerInnen und LehrerInnen müssen sich an Schulen wieder wohl fühlen.

Auf Beispiele, mit denen Gewalt verhindert wird, verwies Eva Müller-Schröder, eine der geladenen Expertinnen: Schülerinnen und Schüler der Gustav-Adolf-Hauptschule Herne (siehe Bild) stellten dem Publikum eine realitätsgetreue Streitschlichtung vor, wie sie an ihrer Schule praktiziert wird. Der Münsteraner Kriminologe Prof. Klaus Boers wandte sich gegen eine „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber jugendlichen Straftätern, wie sie von den konservativen Parteien eingefordert wird. 95 Prozent aller TäterInnen werde nur einmal auffällig, bei ihnen wachse sich das Problem regelrecht aus. Auch Dr. Jost Stellmacher vom Fachbereich Psychologie der Universität Marburg wies darauf hin, dass häufig schon der Kontakt mit der Polizei ein Umdenken bewirke.





## Porträt der Woche: Marianne Thomann-Stahl (FDP)

**M**arianne Thomann-Stahl lässt wieder einmal Strenge walten. Sie hält ihren Rücken am Schreibtisch kerzengerade und streicht mit dem blauen Stift durch die Antragstexte in ihrer Mappe. Hin und wieder entfährt ihr ein ärgerliches Murmeln. „Das versteht doch kein Mensch“, sagt sie dann tadelnd mit ihrem dunklen Timbre. Der Antragsschluss vor einer Plenarwoche rückt näher, und sie redigiert wie gewohnt sämtliche Vorlagen.

Als Parlamentarische Geschäftsführerin (PG) der FDP-Landtagsfraktion ist sie für deren Wohl zuständig, und dazu gehört auch, die Abgeordneten vor unverständlichen Anträgen zu bewahren. Dass Marianne Thomann-Stahl nach der Landtagswahl 2000 für die Aufgabe der PG auserkoren wurde, ist bei all ihrer Erfahrung nachvollziehbar. Zwischen 1985 und 1995 war sie bereits als Abgeordnete und Fraktionsvize im Düsseldorfer Parlament aktiv. Über sich selbst sagt die gebürtige Schwäbin ohne Überheblichkeit: „Ich bin gut im Organisieren.“

Diese Qualität hat an Bedeutung gewonnen, weil sich die Arbeit verändert hat. Es sei alles kleinteiliger geworden, sagt sie. Beispielsweise seien einmal allein zum Thema WestLB Hunderte von E-Mails bei ihr eingegangen. Ihre dritte Legislaturperiode hat aber auch Marianne Thomann-Stahl an Belastungsgrenzen geführt. Die 49-Jährige war mit der seltenen Gefahr konfrontiert, dass eine Fraktion innerlich zerrissen wird. Es war der Streit um den inzwischen verstorbenen Ex-Fraktionschef Jürgen Möllemann, dessen Spendenaffäre und dessen heraufbeschworenem

Antisemitismus-Streit, der zu diesem Ausnahmezustand geführt hatte. Sie habe viele Wogen glätten müssen, sagt die Mindenerin, die den Führungswechsel von Möllemann zu Dr. Ingo Wolf überstanden hat. Mit Interna hält sie sich eisern zurück, auch wenn vieles über die Auseinandersetzungen nach außen gedrungen ist. Schließlich gehört Verschwiegenheit zu den Kardinaltugenden einer PG.

### RÜCKZUGSGEBIET

Diese Zurückhaltung ist es mithin auch, die sie oftmals unnahbar erscheinen lässt. Emotionale Reaktionen kennt man von ihr kaum. Im Zwiegespräch verrät sie aber, dass sie regelmäßig aus der Haut fahre. „Dann lassen sich strittige Angelegenheiten leichter klären.“ Hinter ihrer Gefasstheit war zuletzt auch große Bestürzung zu sehen. Es war jener Freitag im Juni dieses Jahres, als Jürgen Möllemann nach seinem tödlichen Fallschirm-Absturz beigesetzt wurde. Marianne Thomann-Stahl war eine der wenigen FDP-Abgeordneten, die auf dem Zentralfriedhof in Münster Abschied nahmen. Sie stand mit verwässerten Augen in der Kapelle und brachte kein Wort heraus.

Es braucht ein wenig Zeit, den Menschen Thomann-Stahl zu entdecken. Doch wenn man ihm erst einmal begegnet, sieht man viele neue Facetten: eine passionierte Operngängerin und Fernreisende, eine Hobby-Gärtnerin und eine engagierte Mutter, die täglich mit ihren beiden Kindern telefoniert. Sie sei die erste Parlamentarierin gewesen, die

während ihrer Zeit als Mandatsträgerin schwanger geworden sei, verrät die Diplom-Kauffrau en passant. Sie schwärmt von einem intakten Familienleben, und dabei wird deutlich, dass ihr Zuhause im weit entfernten ostwestfälischen Minden ein wichtiges Rückzugsgebiet ist.

Als sie vor sechs Jahren dorthin zog, da darbot die FDP vor sich hin. Die Liberalen waren in Nordrhein-Westfalen nur noch eine belächelte außerparlamentarische Opposition. Diese Hungerjahre wird sie trotz der fulminanten Rückkehr in den Landtag vor drei Jahren nicht vergessen. Dabei sieht Marianne Thomann-Stahl, die seit 30 Jahren den Freien Demokraten angehört, die Unberechenbarkeit in der Politik sehr nüchtern und würde eher zu einem „So ist das eben“ neigen als zu schicksalsschwangeren Betrachtungen. Von einer schnörkeligen Ausdrucksweise hält sie ohnehin nicht viel. Philosophische Weisheiten wie die des Dalai Lama seien auch nicht so ihr Fall, sagt sie und fügt schmunzelnd hinzu: „Da ist mir ein ordentlicher Krimi lieber.“

*Autor:  
Kristian Frigelj*



## Stenografen-Treffen

**S**ie schaffen in der Minute mehr als 300 Silben. Jede Plenardebatte und Ausschusssitzung wird von ihnen protokolliert. Die Rede ist von den Stenografinnen und Stenografen der Landparlamente in Deutschland. 65 Kollegen des bundesweit 174 Mitglieder zählenden Verbands der Parlaments- und Verhandlungsstenografen trafen sich zu einer Fachtagung in der Villa Horion. Das Thema lautete: „Der Stenografenberuf im Jahre 2015.“ Begrüßt wurden sie dabei von Landtagspräsident Ulrich Schmidt, der den Gästen seinen Dank und seine Bewunderung aussprach: „Es steht außer Frage, welche großartigen Leistungen Sie tagtäglich im Parlament und in den einzelnen Ausschüssen vollbringen – nicht das modernste Spracherfassungssystem kann diese Arbeit ersetzen.“ Alle zwei Jahre gibt es dieses Stenografen-Treffen. Nach 14 Jahren waren nun wieder die Kollegen aus NRW die Ausrichter. 🗎

## Dauerhafter Dialog

**D**en Innovations- und Technologiestandort Nordrhein-Westfalen stärken – oder anders: zur Exzellenz führen – damit beschäftigt sich am 24. November eine ganztägige Arbeitstagung, zu der Landtagspräsident Ulrich Schmidt in den Landtag eingeladen hat. In drei Workshops sollen die Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik Wege zu dauerhaften und belastbaren Innovationsallianzen suchen und damit den Auftakt zu einem effizienten Diskurs schaffen, um dem Technologie- und Wissensland NRW auf dem Weg zur Exzellenz weiter zu helfen. Veranstalter der Tagung sind die Ministerien für Wissenschaft und Forschung sowie Wirtschaft und Arbeit des Landes unter Beteiligung des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI). 🗎

### LANDTAG INTERN

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Satz/Gestaltung/Layout:**

h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 23. Oktober bis 11. November 2003

23.10. Bernhard Schemmer (CDU)	53
24.10. Reinhold Sendker (CDU)	51
25.10. Carina Gödecke (SPD)	45
29.10. Sybille Haußmann (GRÜNE)	43
30.10. Ina Meise-Laukamp (SPD)	46
04.11. Brigitte Herrmann (GRÜNE)	53
06.11. Brigitte Speth (SPD)	59
11.11. Hans Günter Hafke (SPD)	54
11.11. Wolfgang Werner (SPD)	54

Gabriele Behler und Marc Jan Eumann (beide SPD), Herbert Reul und Lothar Hegemann (beide CDU) sowie Oliver Keymis (GRÜNE) sind als Abgeordnete in der Plenarsitzung am 16. Oktober vom Landtag als ordentliche Mitglieder in den Rundfunkrat des „Westdeutschen Rundfunks Köln“ gewählt worden. Gleichzeitig wurden auf gemeinsamen Vorschlag der vier Landtagsfraktionen die Abgeordneten Hannelore Brüning und Dr. Michael Brinkmeier (beide CDU) als stellvertretende Mitglieder in den Rat entsandt.

Michael Block, Pressesprecher der FDP-Landtagsfraktion, wird zum 1. Januar 2004 die FDP-Pressestelle verlassen. Der 33-Jährige wechselt nach fast siebeneinhalb Jahren Sprecherfunktion für die FDP als Leiter Unternehmenskommunikation in die freie Wirtschaft. Blocks Nachfolger wird Andreas Theyssen (42). Er arbeitet zuvor unter anderem als Politikredakteur bei der „Süddeutschen Zeitung“ und als Bundeskorrespondent und stellvertretender Ressortleiter Politik bei der inzwischen eingestellten Zeitschrift „Die Woche“.

Dr. Beate Scheffler, GRÜNEN-Abgeordnete im Landtag von 1990 bis 1995, ist in Trier von den Delegierten der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in den Rat der EKD gewählt worden. Scheffler hat ein Lehramtsstudium (unter anderem Evangelische Theologie) absolviert, war Lehrerin und wechselte 1995 als Referatsleiterin in das damalige Kultusministerium. Im gleichen Jahr trat sie der SPD bei und ist heute als Abteilungsleiterin in der Staatskanzlei des Landes tätig.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 20. November 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## 15 Jahre Demokratie aus Glas

Das Glas steht für Transparenz. Der Kreis steht für Demokratie. Vor 15 Jahren, am 2. Oktober 1988, wurde das nordrhein-westfälische Landtagsgebäude direkt am Rheinknie eingeweiht. Das runde Gebäude öffnet sich wie eine Blume für die Bürger NRWs, von denen über 70.000 den Landtag jährlich besuchen. Neuerdings ist der Landtag auch sonntags für Besucher geöffnet. Die Entscheidungen der Abgeordneten sollen transparent für die Öffentlichkeit sein, so schreibt es die Demokratie vor. Diese Transparenz hat das Architektenteam um Professor Fritz Eller durch riesige Glasflächen in der Fassade des Gebäudes umgesetzt. Jeder Bürger kann den Abgeordneten bei der Arbeit zuschauen. Auch der kreisförmige Bau symbolisiert das demokratische Prinzip. Die Architektur des Landtags NRW gilt noch heute als vorbildlich für moderne Parlamentsbauten.

Foto: Schälte